

Jahresbericht 2003



Schwerpunkthemen

- Testregion Bürokratieabbau
- Bremen im Jahr der Aus- und Weiterbildung
- Stadtentwicklung zur Standortstärkung
- Blaue Biotechnologie in Bremerhaven



Handelskammer
Bremen



Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven

Vorwort



(v.l.) Dr. Matthias Fonger (Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus, Bremen), Dr. Dirk Plump (Präses, Bremen), Peter H. Greim (Präsident, Bremerhaven) und Michael Stark (Hauptgeschäftsführer, Bremerhaven)

Bremen hat sich auch 2003 trotz der schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen im Vergleich zu anderen Bundesländern positiv entwickelt. Diese Entwicklung wird sich aber nur fortsetzen lassen, wenn auch weiterhin konsequent auf eine mittelstandsfreundliche Politik gesetzt wird.

Eine große Chance bietet hierzu das Projekt Testregion Bürokratieabbau, in dem an der Weser neben den Regionen Ostwestfalen-Lippe und West-Mecklenburg exemplarisch die Möglichkeiten eines effektiven Bürokratieabbaus und einer konsequenten Deregulierung ausgelotet werden können. Dass Bremen als eine der drei Modellregionen benannt wurde, ist vor allem auch dem Engagement und den intensiven Vorarbeiten der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven zu verdanken. So lieferte die Handelskammer mit der Vorschlagsliste „Weg mit überflüssigen Vorschriften – 28 Beispiele für ein Übermaß an Bürokratie“ eine Arbeitsgrundlage für die Testphase des Projektes. Auch die Bremer Mittelstandsenquete erarbeitete grundlegende Empfehlungen, die im März 2003 zu ersten Beschlüssen der Bremischen Bürgerschaft und des Senats führten.

Gerade in dieser Situation muss sich der Zwei-Städte-Staat darauf konzentrieren, in standortstärkende Infrastrukturen zu investieren und seine Kompetenzen weiter auszubauen. So muss es Bremen gelingen, sein Erfolgsmodell „Sofortprogramm Innenstadt“ jetzt auch auf die Stadtteilzentren auszuweiten. Bremerhaven ist auf dem Sprung, seine Stellung als führender Stand-

ort der maritimen Biotechnologie im Nordwesten auszubauen.

Positives kann Bremen auch bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen vermelden. Hinter der Erfolgsstatistik stehen zahlreiche Aktivitäten der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven, deren Ziel es war, auch 2003 eine zumindest ausgeglichene Lehrstellenbilanz zu erreichen. Ein wichtiges Instrument für diese Aufgabe war das gemeinsam mit allen am Bremer Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit beteiligten Kräften in der Handelskammer eingerichtete Ausbildungsbüro.

Ab März 2003 sorgte diese Einrichtung dafür, dass Unternehmen auf dem Weg zum Ausbildungsbetrieb auf Unterstützung bei der Bewältigung bürokratischer Belastungen rechnen konnten. Zunehmend wurde das Ausbildungsbüro auch zur Anlaufstelle für Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz suchten.

Den Durchbruch zu einer ausgeglichenen Bilanz brachte im September die Nachfassaktion „Ausbildungsplatzendspurt 2003“ der Handelskammer Bremen, bei der alle ausbildungsfähigen Schulabgänger an ein Unternehmen mit freien Ausbildungskapazitäten vermittelt werden konnten. Die IHK Bremerhaven startete eine Initiative zur Reaktivierung von Ausbildungsbetrieben. Teil dieses Programms ist die Vorqualifizierung von Schulabgängern für die betriebliche Ausbildung.

Die Analysen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in

Deutschland und auch die Handelskammer-Umfragen auf Bremer Ebene stimmen zuversichtlich, dass das Konjunkturtal überwunden ist und 2004 mit einem verhaltenen Aufschwung gerechnet werden kann. Dazu bedarf es auf Bundesebene allerdings entsprechender Rahmenbedingungen. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven haben sich vor diesem Hintergrund vielfach meinungsführend in die bundespolitische Diskussion eingebracht, mit dem Ziel, von der bremischen Wirtschaft beispielsweise mögliche Belastungen durch die Reform der Gewerbesteuer abzuwenden, deutlich vor den negativen Folgen einer Ausbildungsabgabe zu warnen oder das von beiden Kammern ausdrücklich befürwortete Vorziehen der Steuerreform auf das Jahr 2004 anzumahnen.

Neben den notwendigen Reformen gilt es nun, alles daranzusetzen, die Attraktivität des Standortes Bremen durch zukunftsorientierte Investitionen zu sichern und auszubauen. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven werden die Politik mit allen verfügbaren Kräften dabei unterstützen, diesen Weg zielstrebig zu beschreiten.

Dr. Dirk Plump (Präses)
Peter H. Greim (Präsident)
Dr. Matthias Fonger (Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus)
Michael Stark (Hauptgeschäftsführer) in

Inhalt

Konjunkturbericht Bürgerschaftswahl 2003

Aussicht auf eine konjunkturelle Wende **4**
Plädoyer für die Fortsetzung des Sanierungskurses **5**

Schwerpunkt: Standort Bremen – Bremerhaven

Testregion Bürokratieabbau – Chance für eine mittelstandsfreundliche Politik **6**
Mit voller Kraft voraus: Bremen im Jahr der Aus- und Weiterbildung **8**
Blick für das Ganze – Stadtentwicklung zur Standortstärkung **11**
Mehr Meer – Bremerhaven als Zentrum der Blauen Biotechnologie **13**

In ihrem Jahresbericht stellen die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven jedes Jahr vier Schwerpunktthemen in den Mittelpunkt, in denen sie sich im zurückliegenden Jahr über die Vielzahl der sonstigen Aufgaben hinaus besonders engagierten.

Leistungsbilanzen Bremen

Industrie, Innovation, Umwelt **17**
International **20**
Handel, Dienstleistungen, Recht **22**
Verkehr, Häfen, Regionalplanung **24**
Aus- und Weiterbildung **27**
Public Relations **29**
Zentrale Dienste **30**
Kultur - Wirtschaft, Juniorenkreis **30**

Leistungsbilanzen Bremerhaven

Standortpolitik **33**
Starthilfe und Unternehmensförderung **36**
Aus- und Weiterbildung **36**
Umwelt **37**
International **38**
Recht **39**
IHK Service **39**

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Das Ehrenamt in Bremen **40**
Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen **41**
Geschäftsbereiche Bremen **41**
Das Ehrenamt in Bremerhaven **42**
Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven **43**
Geschäftsbereiche Bremerhaven **43**

Stellungnahmen

Stellungnahmen der Handelskammer Bremen **44**
Stellungnahmen der IHK Bremerhaven **46**

Impressum **47**



Der denkmalgeschützte, umgebaute Speicher XI, Sitz der Hochschule für Künste und neuer Anziehungspunkt in der Überseestadt

Aussicht auf eine konjunkturelle Wende

Mit der wirtschaftlichen Erholung in weiten Teilen der Welt wurde 2003 eine konjunkturelle Trendwende eingeleitet. So sorgten der Anstieg der Produktion in den USA und auch der überraschende Aufschwung in Japan für positive Impulse für die Weltkonjunktur. Dynamisch in ihrer Entwicklung zeigten sich daneben besonders die Schwellenländer, allen voran China und Russland. Auch die EU-Beitrittsländer wiesen eine positive wirtschaftliche Entwicklung auf. Dagegen blieb die Konjunktur im Euroraum 2003 insgesamt von Stagnation geprägt und ging mit einem deutlichen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen einher.

Die bremische Konjunktur lief im Gleichschritt mit der stockenden Entwicklung in Deutschland. So blieb die Binnenkonjunktur weiter unterkühlt, auch das Exportgeschäft entwickelte sich wenig befriedigend. Auf breiter Front rückläufig zeigte sich die Ertragsentwicklung der Unternehmen, was Spuren in den Investitionsplänen hinterließ. Am Arbeitsmarkt prägten sinkende Beschäftigung und wachsende Arbeitslosigkeit das Geschehen.

Der Industriekonjunktur fehlte es an Schwung: Die Industrieumsätze fielen leicht, das Auslandsgeschäft ließ überraschend deutlich nach. Der Beschäftigungsstand sank um gut zwei Prozent, wobei die stärksten absoluten Rückgänge im Fahrzeugbau und in der Fischverarbeitung auftraten. Im bremischen Baugewerbe machte sich keine nachhaltige Veränderung der angespannten Situation bemerkbar.

Nach einem deutlichen Einbruch zum Jahresbeginn hat sich das Klima im Groß- und

Außenhandel zwar wieder etwas erholt, verharrte jedoch weiterhin auf unbefriedigendem Niveau. Der Einzelhandel verzeichnete eine sich im Verlauf des Jahres stabilisierende Konsumneigung bei den Verbrauchern, wovon allerdings zunächst nur die Warenhäuser und die Discounter profitieren konnten. Dagegen blieb die Lage im Facheinzelhandel auf Grund des ausgeprägten Preisbewusstseins der Kunden schwierig.

Heterogen entwickelten sich die einzelnen Dienstleistungsbereiche. Über dem Branchendurchschnitt lagen das Versicherungsgewerbe und die verbrauchernahen Dienste. Hingegen wiesen die unternehmensnahen Dienstleister, das Gast- und das Verkehrsgewerbe unterdurchschnittliche Geschäftsverläufe auf. Im Güterkraftverkehr hat dabei – neben der nachlassenden Verkehrsleistung – vor allem die misslungene Einführung der streckenabhängigen Maut viele Unternehmen stark verunsichert.

Für das Jahr 2004 zeigt sich die bremische Wirtschaft wieder zuversichtlicher, so dass mit einer langsamen, aber spürbaren Erholung der Konjunktur zu rechnen ist. Angesichts der verbesserten weltwirtschaftlichen Perspektiven wird insbesondere die Auslandsnachfrage die Ertragsituation vieler Unternehmen verbessern, wenn gleich in der weiteren Entwicklung der Wechselkurse gewisse Risiken liegen.

Die Binnenkonjunktur findet langsam aus ihrem Tal heraus; die Konsumbereitschaft der Verbraucher steigt wieder an. Allerdings wird die Arbeitsmarktlage angesichts großer Kapazitätsreserven der Unternehmen noch nicht von Entspannung

geprägt sein und wirkt gemeinsam mit der nach wie vor spürbaren Kaufzurückhaltung weiterhin als Konjunkturbremse.

Auf Bundesebene zeigen die Diskussionen um die Zukunft der Kranken-, Renten und Pflegeversicherung, dass der dringend erforderliche Umbau der sozialen Sicherungssysteme offenbar ansatzweise beginnt. Zugleich machen diese aber klar, dass Deutschland von einer wirklichen Lösung seiner strukturellen Probleme noch weit entfernt ist. Die Wirtschaft braucht endlich wieder klare Rahmenbedingungen, um Planungssicherheit zu haben.

Gleiches gilt für die Beseitigung der bestehenden Verkrustungen des Arbeitsmarktes, die eine nachhaltig positive Entwicklung behindern. Ziel muss daher sein, dass die ausstehenden Reformvorhaben von Regierung und Opposition konsequent angegangen werden und damit die Grundlagen für ein höheres Wachstum in Deutschland geschaffen werden.



Automobilproduktion bei DaimlerChrysler



Bürgerschaftswahl 2003

Plädoyer für die Fortsetzung des Sanierungskurses

Bereits im November 2002 – also frühzeitig vor der Bürgerschaftswahl 2003 – hatte die Handelskammer unter dem Titel „Eckpunkte für die Zukunftsentwicklung Bremens“ Wahlprüfsteine vorgelegt: ein Bündel miteinander verzahnter Bedingungen, die aus Sicht der bremischen Wirtschaft Voraussetzung für eine erfolgreiche Sanierung der öffentlichen Haushalte in Bremen sind. Die Stichworte lauteten: die Haushalte konsolidieren, den Mittelstand stärken, Deregulierung und Entbürokratisierung ernst nehmen, die Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht erweitern, die expansive Gewerbeflächenpolitik der vergangenen Jahre fortsetzen, die Häfen stärken, die Außenwirtschaft aktiv gestalten, die vom Senat beschlossene Technologieoffensive in allen Feldern umsetzen, Bremen als attraktive Stadt entwickeln und die Zusammenarbeit in der Region forcieren.

Zu Beginn der Koalitionsgespräche nach der Wahl forderte die Handelskammer die Koalitionspartner auf, bei den Verhandlungen konsequent die bisherige Politik des Sparens bei den konsumtiven Ausgaben und des Investierens in standortstärkende Infrastrukturen im Blick zu behalten. Präses Dr. Dirk Plump betonte, die Wirtschaft erwarte, dass auch in der kommenden Legislaturperiode die wesentlichen Akzente auf der Fortsetzung des bisherigen Sanierungskurses und auf der Förderung eines mittelstandsfreundlichen Wirtschaftsklimas liegen müssten. Neben weiteren Investitionen in die wirtschaftsstärkende Infrastruktur gelte es, zur Entlastung des Mittelstandes vor allem Bürokratieabbau und Deregulierung voranzutreiben. Die Handelskammer machte mit Blick auf die Bildungspolitik auch deutlich, dass sich die Politik zum

System der dualen Berufsausbildung und damit auch zu seiner Struktur in der dezentralen Selbstverwaltung der Wirtschaft bekennen müsse. Diese grundsätzlichen Forderungen der Wirtschaft haben schließlich Eingang in die Koalitionsvereinbarung zur Fortführung der Großen Koalition in der neuen Legislaturperiode gefunden. Wiederholt kritisierte die Handelskammer aber die Entscheidung der Koalitionspartner, den Gewerbesteuerhebesatz in Bremen zu erhöhen. Sie wird nun auf eine – wie vom Senat zugesagt – ernsthafte Überprüfung der Auswirkungen dieser Erhöhung nach einer Frist von spätestens zwei Jahren drängen.

Mit dem Doppelhaushalt 2004/2005, dessen Eckwerte der Senat Ende Oktober 2003 beschlossen hat, wird es nun in die entscheidende Runde gehen, um bis zum Jahr 2005 die Voraussetzungen für einen verfassungskonformen Haushalt zu schaffen. Wichtig wird sein, dass Bremen trotz des notwendigen Sparkurses die begonnenen Investitionsvorhaben entschlossen fortführt und keinen Kurswechsel vornimmt.

Bremerhaven: Wahl im Doppelpack

Die Bürger Bremerhavens wurden in diesem Jahr gleich zweimal an die Wahlurnen gerufen. Im Mai konnten sie über die Zusammensetzung der Bürgerschaft entscheiden und im September ging es um die Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung. Auch die IHK Bremerhaven meldete sich in diesem entscheidenden Wahljahr 2003 rechtzeitig zu Wort und veröffentlichte ein Positionspapier. Darin stellte sie – trotz erreichter Fortschritte – einen großen Handlungsbedarf auf verschiedenen Gebieten fest. So forderte die

IHK unter anderem eine konsequente Vermarktung der umgebauten Innenstadt sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für den Wissenschaftsstandort Bremerhaven. Ebenfalls notwendig seien die möglichst weitgehende Privatisierung staatlicher beziehungsweise kommunaler Unternehmen, vereinheitlichte Ladenöffnungszeiten, die Einrichtung von Neubürger-Agenturen und flächendeckende Wirtschaftsbeziehungen mit dem niedersächsischen Umland. Auch mit der aktuellen Arbeitsgrundlage des Magistrats ging die IHK in ihrem Positionspapier hart ins Gericht. Dort heißt es: „Die heutige Stadtverfassung verhindert kompetente Führung mit dem Anspruch auf Erfüllung. Wir brauchen hauptamtliche Stadträte und einen weisungsbefugten Oberbürgermeister.“



Bremische Bürgerschaft

Testregion Bürokratieabbau – Chance für eine mittelstandsfreundliche Politik

Die mittelständischen Unternehmen sind der wesentliche Impulsgeber zur Erneuerung der Wirtschaft im Lande Bremen und zum notwendigen Strukturwandel. Sie stellen den größten Anteil der Beschäftigten, bilden weit überdurchschnittlich aus und treten immer stärker mit überregional wahrgenommenen Innovationen an den Markt. Nicht zuletzt durch den Einsatz der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven ist in den vergangenen Jahren die Einsicht gewachsen, dass die Leistungsstärke der bremischen Wirtschaft nicht nur von den wenigen Großbetrieben abhängt, sondern in wachsendem Maße von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt wird.

Diese müssen aber mit wachsenden Schwierigkeiten kämpfen. Sie leiden besonders unter dem erstarrten Arbeitsmarkt, unter einem zu hohen Steuerniveau und unter Engpässen bei der Kapitalbeschaffung. Hinzu kommt, dass gerade mittelständische Betriebe von den Kosten bürokratischer Verfahren überproportional stark betroffen sind.

Um das Wachstumspotenzial der kleinen und mittleren Unternehmen zu erschließen, setzen sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven seit Jahren dafür ein, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und so die unternehmerischen Spielräume vergrößert werden. Eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Erfordernissen und Bedürfnissen des Mittelstandes ausrichtet, ist nach Überzeugung der Handelskammer das beste Programm für Wachstum, Innovation und Beschäftigung.

Projekt Innovationsregionen

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven haben eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um Deregulierung und Bürokratieabbau in Bremen voranzubringen. So hat die Handelskammer in der Unternehmerschaft Beispiele für überbordende Bürokratie gesammelt und in der Broschüre „Weg mit überflüssigen Vorschriften“ veröffentlicht. Die Bürokratieabbau-Beispiele reichen vom Steuer-, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht über die Außenwirtschaft bis zur Verschlinkung des öffentlichen Austragswesens. Die frühzeitige Vorlage dieser 28 Vorschläge und eine gezielte, gemeinsame Initiative der Handelskammer, des Senats und des Bremer Bundestagsabgeordneten Volker Kröning (SPD) haben dann dazu geführt, dass Bremen neben Ostwestfalen-Lippe und West-Mecklenburg zur Testregion für Bürokratieabbau und Deregulierung innerhalb des Projektes „Innovationsregionen“ der Bertelsmann-Stiftung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) erklärt wurde.

Ziel dieses Projektes ist die Durchsetzung befristeter Öffnungsklauseln in Bundesgesetzen, um so die Wirksamkeit von Deregulierungsmaßnahmen exemplarisch zu testen. In einer ersten Stufe bis Ende 2003 wurde in den drei Modellregionen ausgetestet, welche konkreten Maßnahmen sich für die Öffnungsklauseln eignen. In einer zweiten Stufe Anfang 2004 wird ein nationales Teilnahmeverfahren der Regionen in Deutschland starten, um den Status der Innovationsregion auszuloben. In der dritten Stufe ab Mitte 2004 ist dann vorgesehen, in die konkrete Testphase einzusteigen.

Die Handelskammer hält diesen Pilotversuch für einen Meilenstein in der Deregulierungsdebatte. Mehr als 80 Regionen in Deutschland hatten ihr Interesse beim BMWA angemeldet, Modellregion für Bürokratieabbau zu werden. Die umfangreichen Vorarbeiten der Kammern haben – so die Aussage des BMWA und der Bertelsmann-Stiftung – dazu beigetragen, dass Bremen bereits in der ersten Phase um die Mitarbeit an dem Projekt gebeten wurde.

Mittelstandsenquête Bremen

Ein zentrales Projekt, um den Mittelstand in Bremen zu fördern, bildet für die Handelskammer und die IHK Bremerhaven die Bremer Mittelstandsenquête, die beide Kammern gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen, dem Förderverein für Mittelstandsforschung, der Wolfgang-Ritter-Stiftung und den Unternehmensverbänden im Lande Bremen in Auftrag gegeben haben und die vom BAW Institut für Wirtschaftsforschung ausgearbeitet wird. Ziel dieser Untersuchung ist eine systematische Analyse der Situation des bremischen Mittelstands und der Mittelstandspolitik in Bremen. Allerdings soll es nicht bei der Analyse bleiben. Anspruch der Mittelstandsenquête ist es, gegenüber der Politik und Verwaltung deutlich zu machen, wie das Umfeld für den heimischen Mittelstand durchgreifend verbessert werden kann.

Die Mittelstandsenquête umfasst mehrere Untersuchungsabschnitte. Keineswegs zufällig stellt die erste Tranche die Frage: Wo steht Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern beim Bürokratieabbau? Und was kann Bremen gegebenenfalls von anderen Bundesländern lernen? An



Pressekonferenz zur Bremer Mittelstandsenquete in der Handelskammer im März 2003



Finanzsenator Dr. Nußbaum (Mitte) im Plenum der Handelskammer mit Präses Dr. Plump (r.) und IHK-Präsident Greim

erster Stelle der Empfehlungen steht die Einführung einer Verfallsfrist von fünf Jahren auf alle Gesetze, Verordnungen und Erlasse, die in Bremen verabschiedet werden und die kleine und mittlere Unternehmen betreffen. Das heißt: Vorschriften treten nach Ablauf von fünf Jahren außer Kraft, wenn sie nicht – gegebenenfalls auch in veränderter Form – neu beschlossen werden. Dieser Mechanismus zwingt dazu, sich in einem regelmäßigen Turnus mit der Notwendigkeit und Qualität jeder Rechtsnorm zu beschäftigen. Und er führt zu einer Umkehr der Begründungslast: Nicht mehr die Unternehmer müssen den Aufwand betreiben, der Politik und Verwaltung zu erläutern, dass eine Vorschrift unnötig geworden ist, sondern Politik und Verwaltung müssen erklären, dass eine Vorschrift tatsächlich noch erforderlich ist. Nach Auffassung der Handelskammer und der anderen Beteiligten der Mittelstandsenquete ist dieser Mechanismus ein Königsweg für den Bürokratieabbau.

Die zweite Hauptempfehlung der Mittelstandsenquete richtet sich darauf, dass die Belange des Mittelstands bei den politischen Entscheidungen ein höheres Gewicht erhalten müssen. Bis heute werden die Folgen öffentlicher Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen kaum berücksichtigt. Die Auswirkungen auf den Haushalt und die Gleichstellung von Frauen werden hingegen in jeder Vorlage geprüft. Die Mittelstandsenquete fordert deshalb die Einführung einer so genannten Mittelstandsklausel in allen Vorlagen für Senat, Bürgerschaft und Deputationen.

Die ersten Ergebnisse der Mittelstandsenquete haben bereits positiven Widerhall in Politik und Verwaltung gefunden. So wurden im Frühjahr durch die Bürgerschaft und den Senat umfangreiche Beschlüsse zum Bürokratieabbau in Bremen gefällt, die sich eng an die Empfehlungen der Mittelstandsenquete anlehnen. Auf dieser

Basis hat der Senat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die im Zusammenwirken mit der Handelskammer, der IHK Bremerhaven und den Regierungsparteien konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau im Land Bremen erarbeiten soll. Die Arbeitsgruppe wird zum Ende des Jahres an den Senat und an die Bürgerschaft berichten.

Gewerbesteuerhebesatz festschreiben

Im Mittelpunkt der weiteren Arbeit an der Mittelstandsenquete steht die Frage, wie sich das Land Bremen im Hinblick auf die Standortkosten im regionalen und überregionalen Wettbewerb positionieren sollte. Untersucht wird, wie sich vergleichbare Wirtschaftsstandorte innerhalb der Regionen beziehungsweise innerhalb Deutschlands in ihrem Standortkostenprofil von Bremen unterscheiden und welche Konsequenzen sich hieraus für die Förderung ansässiger und die Akquisition neuer mittelständischer Unternehmen ergeben.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Realsteuern. Die Untersuchung weist nach, dass der Gewerbesteuerhebesatz in der Stadt Bremen im Großstadtvergleich im unteren Bereich, im Umlandvergleich aber rund ein Viertel über dem Durchschnitt der Vergleichsgemeinden liegt. Das regionale Steuergefälle ist dabei im Verlauf der neunziger Jahre bedingt durch Hebesatzsteigerungen im Umland und eine Konstanz in Bremen bereits abgeflacht. Die Mittelstandsenquete empfiehlt dringend, diese Schere weiter zu schließen und das gegenwärtige Hebesatzniveau von 420 Prozent festzuschreiben.

Entgegen dieser Empfehlung hat die neue Regierungskoalition jedoch beschlossen, den Gewerbesteuerhebesatz ab 1. Januar 2004 um 20 Prozentpunkte auf 440 Prozent zu erhöhen. Dies stößt auf massive Kritik der Unternehmer in Bremen. Nachdem die Absicht der neuen Landesregierung bekannt geworden ist, hat die Han-

delskammer umgehend eine Sonderumfrage bei mehr als 100 Unternehmen im Lande Bremen zu den möglichen Auswirkungen der Gewerbesteuererhöhung vorgenommen. Darin machen die Unternehmer deutlich, dass sie in der Erhöhung der Gewerbesteuer eine deutliche Schwächung des Standortes Bremen sehen. Fast ein Drittel gibt an, bei einer Erhöhung möglicherweise Investitionen in Umlandgemeinden mit einem niedrigeren Gewerbesteuersatz zu verlagern. Bis auf wenige Ausnahmen gehen alle Unternehmer davon aus, dass es nicht – wie vom Senat erhofft – zu positiven Effekten durch Steuermehreinnahmen kommen wird.

Die Handelskammer hat die Position der Unternehmen mit großem Nachdruck gegenüber dem Senat und den politischen Fraktionen bekräftigt. Der neue Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum hat zugesagt, dass die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes spätestens nach zwei Jahren vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Entwicklung überprüft werden solle. Auch der Senat hat dies in seinem Beschluss im Oktober 2003 zugesichert.

Um die Diskussion weiter zu versachlichen und für die zugesagte Überprüfung fundierte Daten vorlegen zu können, hat die Handelskammer gemeinsam mit den anderen Trägern der Mittelstandsenquete beim BAW Institut für Wirtschaftsforschung ein Gutachten in Auftrag gegeben, das untersucht wird, welche Auswirkungen von der Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes in Bremen tatsächlich zu erwarten sind. Auf dieser Basis wird die Handelskammer rechtzeitig auf die zugesagte Überprüfung drängen. Die Kammer hat in der Diskussion darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft im Zuge der anstehenden Gemeindesteuerfinanzreform ohnehin mit erheblichen zusätzlichen Belastungen rechnen muss.



Mit voller Kraft voraus: Bremen im Jahr der Aus- und Weiterbildung

Unter dem Motto „Offensiv für Wissen & Leistung“ hatte der DIHK 2003 zum Jahr der Aus- und Weiterbildung ausgerufen – eine Initiative, der sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven engagiert angeschlossen haben. Ziel war unter anderem, in einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld in Deutschland dennoch eine ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz zu erreichen.

Daher hatte die Handelskammer Bremen zu Beginn des Jahres gemeinsam mit allen im Bremer Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit beteiligten Kräften ein Aktionsbündnis „Ausbildung“ ins Leben gerufen. Ein wichtiger Schwerpunkt war hierbei die Gewinnung von neuen Ausbildungsbetrieben oder die Reaktivierung früherer Ausbildungsbetriebe.

Neue Wege mit dem Ausbildungsbüro

Auf Initiative des Bremer Bündnisses für Arbeit und Ausbildung wurde in den Räumen der Handelskammer das Bremer Ausbildungsbüro eingerichtet, das Ende März 2003 seine Arbeit aufgenommen hat. Sein Ziel ist seither, zusätzlich zu der Arbeit der vier Ausbildungsberater der Handelskammer neue Ausbildungsplätze zu gewinnen – insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, die bislang nicht ausgebildet oder ihre Ausbildungsbemühungen aufgegeben haben. So berät das Ausbildungsbüro bei der Zulassung als Ausbildungsbetrieb, erarbeitet für interessierte Firmen einen praxisnahen Ausbildungsplan, unterstützt sie bei der Auswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber und organisiert Ausbildungspartnerschaften in der Verbundausbildung. In dieser

neuen Serviceeinrichtung, deren Träger das Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet (BWU) ist und das vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie vom Europäischen Sozialfonds gefördert wird, arbeiten zwei Mitarbeiter, die direkt auf die Unternehmen zugehen und auch vor Ort beraten.

Über das Bremer Ausbildungsbüro wurden bis Ende September 2003 mehr als 380 Firmenkontakte geknüpft; es konnten 171 Ausbildungsplätze besetzt werden. Mehr als 718 Jugendliche wurden von den Mitarbeitern des Ausbildungsbüros bei der Lehrstellensuche betreut. 470 wurden im Juli und August zu einem Eignungstest eingeladen, an dem letztlich 307 Bewerber teilgenommen haben. 207 haben diesen Test erfolgreich bestanden.

In Zusammenarbeit mit dem Bremer Ausbildungsbüro wurden im Juni 2003 zudem Bremer Unternehmen telefonisch befragt, die in den vergangenen Jahren nicht ausgebildet haben. Insgesamt wurden 639 Unternehmen angesprochen; 246 Unternehmen erhielten anschließend schriftliche Informationen über die Hilfen und Möglichkeiten des Bremer Ausbildungsbüros.

Zusätzliche Ausbildungsplätze brachte ein Schreiben von Präses Dr. Dirk Plump an die 1.460 aktiven Ausbildungsbetriebe in Bremen sowie ein weiterer Brief an 1.300 Bremer Betriebe, die formal die Ausbildungsberechtigung haben, derzeit aber keine Auszubildenden im Unternehmen beschäftigen. Die 30 größten bremischen Ausbildungsunternehmen wurden direkt in persönlichen Anschreiben ebenfalls aufgefordert, in ihrem Engagement nicht

nachzulassen, sondern verstärkt auszubilden. Diese Initiative stieß bei den angesprochenen Unternehmen auf große Resonanz und brachte innerhalb kurzer Zeit mehr als 35 zusätzliche Ausbildungsplätze.

Ausländische Unternehmen bilden aus

Die Handelskammer hat auch verstärkt daran gearbeitet, ausländische Unternehmen für das duale Ausbildungssystem zu gewinnen. Mit einem Schreiben in türkischer Sprache wandte sie sich an rund 300 Unternehmen mit Inhabern türkischer Herkunft. Gemeinsam mit der Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN) warb die Handelskammer bei ausländischen Arbeitgebern um neue Ausbildungsplätze. Auch weiterhin wird sie versuchen, ausländische Familien für die Notwendigkeit einer beruflichen Ausbildung ihrer Kinder zu sensibilisieren.

Zahlreiche Initiativen für die Jugend

Um auch in den Medien für mehr Ausbildungsplätze zu werben, hat die Handelskammer im Sommer neue Wege beschrieben und gemeinsam mit Radio Bremen 4 die Lehrstellenbörse präsentiert. Unter dem Titel „Ausbildungsplätze – Fertig, Los!“ hat der Hörfunksender von Juni bis Juli 2003 eine Beitragsreihe zum Thema Aus- und Weiterbildung gesendet. Im Vorfeld dieser Aktion hatte die Handelskammer die Ausbildungsbetriebe angeschrieben und aufgefordert, die noch offenen Ausbildungsplätze zu melden und ihr Angebot in die Lehrstellenbörse der Handelskammer im Internet einzustellen. Auch mit dem „Weser Report“ hatte die Handelskammer eine Ausbildungsreihe vereinbart,



(l.) Eröffnung des Bremer Ausbildungsbüros in der Handelskammer;
Bundesbildungsministerin Bulmahn besucht den Ausbildungsbetrieb Ilseemann

in der vor allem Jugendliche über die Möglichkeiten des Ausbildungsmarktes informiert wurden.

Ausbildungsplatzendspurt 2003

Zum Ende des Ausbildungsjahres 2003 wurden beim „Ausbildungsplatzendspurt 2003“ – einer gemeinsamen Nachvermittlungsaktion der Handelskammer, der Handwerkskammer, des Arbeitsamtes und des Bremer Ausbildungsbüros – vom 10. bis 12. September alle ausbildungsfähigen Schulabgänger eingeladen, die bisher noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten. Für die Nachvermittlungsaktion waren 994 Ausbildungsplatzsuchende angeschrieben worden. Insgesamt erschienen schließlich 317 Schulabgänger, von denen 258 an Unternehmen mit einem geeigneten freien Ausbildungsplatz vermittelt werden konnten. 59 Jugendliche waren auf Grund mangelnder Qualifikation oder fehlender Bereitschaft, die Ausbildungsangebote anzunehmen, nicht vermittelbar. Das Arbeitsamt strich daraufhin die Namen der mehr als 600 nicht erschienenen Jugendlichen aus seiner Statistik.

Die Handelskammer konnte zum Stichtag 30. September 2003 insgesamt 2.778 neue Ausbildungsverträge registrieren. Damit wurde das Ziel erfüllt, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Schulabgängern eine berufliche Perspektive anzubieten. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein Zuwachs von annähernd zwei Prozent erzielt. Die Zahlen in Bremen liegen damit über dem Bundesdurchschnitt. Nach Angaben des DIHK hat die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bundesweit nur leicht um 0,7 Prozent (Stichtag 30. September 2003) zugenommen.

Schon heute zeichnet sich allerdings angesichts der kommenden geburtenschwachen Jahrgänge für die Zukunft eine Situation unter veränderten Vorzeichen ab. Die gesamte IHK-Organisation muss deshalb in der betrieblichen Ausbildung antizy-

klisch handeln und frühzeitig geeignete Strategien für die Ausbildungssituation des Jahres 2010 entwickeln. Um die Informationen über Ausbildungschancen möglichst weit zu streuen, informierte die Handelskammer nicht nur über Broschüren wie „Der richtige Weg in den Beruf“, sondern auch verstärkt bei Existenzgründer-Seminaren sowie in den Ausschüssen der Kammer.

Chancen durch Verbundausbildung

Im Hinblick auf Unternehmen, die sich erstmals in der Ausbildung engagieren, haben sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven verstärkt dem Thema Verbundausbildung gewidmet. Gemeinsam mit der Bremer Arbeit GmbH (BAG) und der Bremerhavener Arbeit GmbH (BRAG) wurden Konzepte entwickelt, um Partnerbetriebe für einen Ausbildungsverbund und für Ausbildungspartnerschaften zu gewinnen. Die begleitende Initiative des Landes Bremen, zwei Landesprogramme auf den Weg zu bringen, in denen finanzielle Mittel für die Verbundausbildung zur Verfügung stehen, hat die Handelskammer ausdrücklich begrüßt. Insgesamt konnten auf diesem Wege 2003 zusätzliche 50 Ausbildungsverbünde entstehen.

Dass Unternehmen nicht mehr Reglementierung, sondern weniger Bürokratie und vor allem bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen benötigen, war ein wichtiger Diskussionspunkt beim Besuch von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn am 15. Juli 2003 in Bremen. Gemeinsam mit Bildungsminister Willi Lemke und Vertretern der Kammern, der Arbeitsämter und der Arbeitnehmer wurde an diesem Tag über Maßnahmen diskutiert, um im Jahr 2003 eine ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz zu erreichen. Die von der Bundesregierung zum August 2003 vorgenommene Änderung im Bereich der „Ausbilder-Eignungsverordnung“ – Aussetzung der Nachweispflicht der arbeitspädagogi-

schen Eignung – hat nur unwesentlich zu einer Zunahme an neuen Ausbildungsunternehmen geführt. Die Handelskammer befürchtet eher einen Qualitätsverlust, da Ausbilder ihre speziellen Qualifikationen nicht mehr nachweisen müssen. Konsens bestand beim Besuch der Bundesministerin darin, dass die schulische Vorbildung der Jugendlichen dringend verbessert werden müsse.

Kampf gegen die Ausbildungsabgabe

Mit ihrer Ausbildungsinitiative, insbesondere mit der Nachfassaktion „Ausbildungsplatzendspurt 2003“ im September 2003, hat die Handelskammer neue Wege beschritten, die bundesweit für Aufmerksamkeit sorgten. Spätestens mit dieser Aktion wurde deutlich, dass Politik und Gewerkschaften bei ihrer Argumentation, der vermeintlichen Lehrstellenmisere in Deutschland lasse sich nur durch einen zentralen Ausbildungsfonds begegnen, mit einer falschen Zahlenbasis gearbeitet haben. Dies hat Präses Dr. Dirk Plump nach dem „Ausbildungsplatzendspurt 2003“ auch in Briefen an den Bundeskanzler, den Bundeswirtschaftsminister und die Bundesbildungsministerin deutlich gemacht. Darin betonte er, dass eine Ausbildungsabgabe keine zusätzlichen Ausbildungsplätze schaffen, sondern das Gegenteil erreicht werde. Staatliche Reglementierung würde das erfolgreiche Modell der dualen Ausbildung aushebeln. Dadurch würde es letztlich zu einer Verringerung der Zahl der Ausbildungsplätze in Deutschland kommen.

Mehr Details über die

Ausbildungsinitiativen der

Handelskammer in den

Leistungsbilanzen zur Aus- und

Weiterbildung ab Seite 27



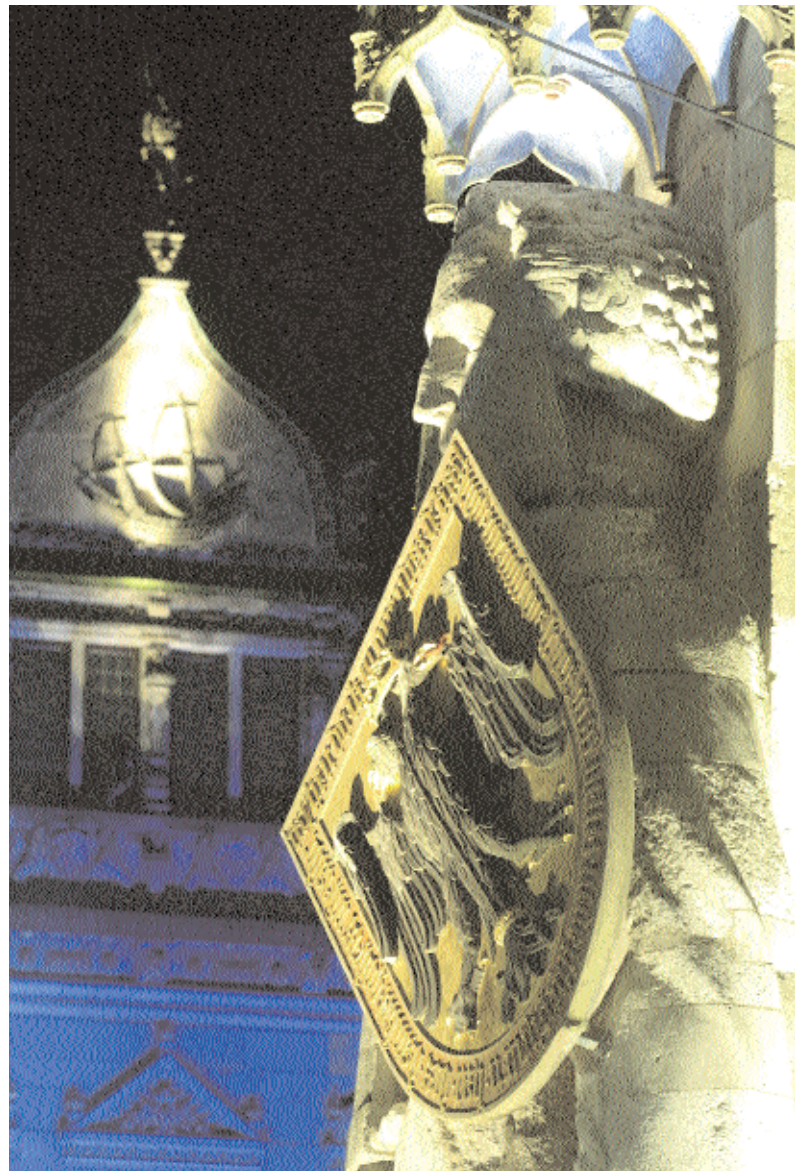
Präses Dr. Plump und
Bürgermeister Perschau auf
der Top Job im Weserpark

Bremerhaven: Keine Ausbildungs- katastrophe eingetreten

Zum 30. September konnte in Bremerhaven das Ergebnis bei den betrieblichen dualen Ausbildungsplätzen im Vergleich zum Vorjahr noch übertroffen werden. Die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse in Industrie, Handel und Dienstleistungen stieg um zwölf. Dies entspricht einem Plus von 2,6 Prozent. Die Arbeitsverwaltung Bremerhaven meldete zum Stichtag 30. September 1.258 Stellen, 117 weniger als 2002. Von diesen waren zum Stichtag noch 20 unbesetzt. Von 2.302 erfassten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen (Vorjahr: 2.139) waren zum Stichtag 30. September 147 Bewerber nicht untergebracht.

Dieses insgesamt positive Ergebnis war allerdings kein Selbstläufer. Trotz der wirtschaftlich immer noch schwierigen Situation und der strukturellen Veränderungen haben Politik und Kammern auch in diesem Jahr die Wirtschaft bestärkt, in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen. Auf diese Weise konnten durch gezielte Beratungen und den Einsatz von Ausbildungsplatzwerbern wiederum etliche Bremerhavener Unternehmen erstmals für die Berufsausbildung gewonnen werden.

An den Abschlussprüfungen der IHK Bremerhaven nahmen insgesamt 646 Auszubildende und Umschüler teil. Im Jahr 2002 waren es 779 Prüflinge. 588 Prüflinge (91 Prozent) bestanden ihre Abschlussprüfung; im Vorjahr lag diese Erfolgsquote bei 87,5 Prozent. Neben den Abschlussprüfungen nahm die IHK bei 659 Auszubildenden die Zwischenprüfung ab.



**Standortstärkende Stadtentwicklungspolitik und
regionale Kooperation standen auf der Handelskammer-
Agenda für 2003 ganz oben.**



In ihrem Grundsatzpapier „Stadtteilzentren“ hat die Handelskammer die Entwicklung in den Quartieren beleuchtet. Im Bild: (v.l.) Waller Centrum, Brücke in Vegesack, Hemmstraße in Findorff



Blick für das Ganze: Stadtentwicklung zur Standortstärkung

Bremen bietet eine Vielzahl attraktiver Einzelhandels- und Dienstleistungsstandorte, die mit ihrem besonderen Flair prägend für den Charakter des Stadtbildes sind. Zweifellos ist es besonders in den Geschäftslagen der Innenstadt gelungen, diese bereits vorhandenen Qualitäten neu zu beleben und hervorzuheben. Aus Sicht der Handelskammer wird es nun künftig verstärkt darum gehen, die in der Innenstadt gemachten Erfahrungen auf die Entwicklung der Stadtteilzentren zu übertragen.

Mit ihrem Grundsatzpapier „Stadtteilzentren“ hat die Handelskammer auf die Entwicklung in den Quartieren aufmerksam gemacht und Lösungsansätze für die zukünftige Entwicklung aufgezeigt. Als Herausforderung auch für die Arbeit der Handelskammer hat sich schon seit mehreren Jahren die Stabilisierung und Aufwertung der bremischen Stadtteilzentren abgezeichnet. Obwohl die verschiedenen Stadtteile eine völlig unterschiedliche Ausgangslage aufweisen, ist mit zunehmender Tendenz ein Qualitätsverlust zu verzeichnen, der sich gerade auch in den gewachsenen Einzelhandels- und Dienstleistungsstandorten niederschlägt. Dieser Strukturwandel, der nicht ohne Auswirkung auf die Vitalität der Stadtteile insgesamt geblieben ist, war eine der Ursachen für die Gründung des Handelskammer-Arbeitskreises der Werbe- und Interessengemeinschaften der Stadtteilzentren.

In ihrem Grundsatzpapier wies die Handelskammer aber auch deutlich darauf hin, dass alle am Prozess beteiligten Kräfte ihren Beitrag zur Aufwertung der Stadtteilzentren leisten müssen. Politik und Verwaltung sind daher ebenso gefordert wie

der einzelne Kaufmann vor Ort. Das Bemühen der Handelskammer wird vor allem darauf gerichtet sein, die beteiligten Akteure weiter zusammenzuführen und diesen Arbeitskreis als Informationsplattform der Stadtteile weiter zu stärken und auszubauen. Mit inzwischen 15 Werbe- und Interessengemeinschaften, die regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitskreises teilnehmen, ist diese Entwicklung auf einem guten Weg. Die Gründung des Vereins „Aktiv für Osterholz“ zeigt aber auch, dass noch erhebliche Potenziale zur Stärkung der Stadtteilzentren und letztlich auch zur Stärkung der einzelnen beteiligten Unternehmen geweckt werden können, wenn die Kaufmannschaft die Notwendigkeit zum gemeinsamen Handeln erkennt und in ihrem Stadtteil umsetzt.

Voraussetzung für Aufwertung einzelner Stadtteilzentren stehen gut – nicht zuletzt durch wiederholte Appelle der Handelskammer an die politischen Entscheidungsträger. Für das Jahr 2004 zeichnet sich trotz der angespannten Haushaltslage ab, dass ein langfristig angelegtes Förderprogramm mit einem Umfang von 52 Millionen Euro aufgelegt wird, wie es bereits in der Koalitionsvereinbarung festgelegt wurde. Diese öffentlichen Mittel werden allerdings nur dann eine nachhaltige Wirkung entfalten können, wenn es gelingt, auch private Investitionen in die Stadtteile zu leiten.

Anziehungspunkte in den Stadtteilzentren ausbauen

Für die Attraktivität Bremens als Tourismusstandort, aber auch für den Stellenwert einzelner Stadtteile ist festzustellen, dass die Verbindung von Freizeit, Kultur

und Einkaufserlebnis immer mehr in den Vordergrund des Kunden- und Besucherinteresses gerät. Daher ist es sinnvoll, diese Angebote an den Einzelhandelsstandorten zu vertiefen. Unter dem Motto „Bremen neu erleben“ sind 2003 gleich zwei solcher Anziehungspunkte entstanden: der Themengarten „Botanica“ im Rhododendronpark und der Raumfahrt-Entertainment-Bereich des Space Parks.

Der Einzelhandel hat weitere Akzente für die Entwicklung der Stadtteile gesetzt. Besonders in Bremen-Nord wurde mit dem im März 2003 eröffneten Einkaufszentrum Haven Hööv't ein Projekt realisiert, das einen wichtigen Impuls für die weitere Gestaltung Vegesacks liefert und durch seine exponierte Lage am Vegesacker Hafen auch einen touristischen Mehrwert verspricht. Die lang erwartete Bebauung des Sedanplatzes kann 2004 erfolgen. Die dort geplante „Markthalle“ würde den notwendigen zweiten Pol zum bereits etablierten Haven Hööv't schaffen und wäre ideal geeignet, um auch die Vegesacker Innenstadt als attraktives Einkaufsziel nachhaltig zu stärken.

Neue Impulse gab es auch für die Nahversorgung des Einzugsgebiets rund um Blumenthal. Das Blumenthal Center wurde im Juni 2003 eröffnet und ergänzt das Einzelhandelsangebot im Bremer Norden mit einem Verbrauchermarkt und unterschiedlichen Fachgeschäften.

Neue Aktivitäten und Projekte für Bremen-Nord ergaben sich des Weiteren durch die Anfang 2003 gebildete Unternehmerinitiative Bremen-Nord, die von der Handelskammer aktiv begleitet wurde und



Die nordwestdeutschen Kammer-Hauptgeschäftsführer, darunter Dr. Fonger (r., 2.v.l.) nahmen die Politik in die Pflicht: Niedersachsens Wirtschaftsminister Hirche (l.) und Bremens Wirtschaftssenator Perschau im Schütting im Gespräch mit Präses Dr. Plump.



dazu beitragen soll, der Region neue wirtschaftliche Perspektiven zu verschaffen. Im Rahmen dieses langfristig angelegten Public-Privat-Partnership-Modells sollen die vorgeschlagenen Projekte weiter konkretisiert werden, was insbesondere die Zeitabläufe und den Finanzaufwand betrifft.

Einen besonderen Stellenwert für die Einzelhandelsentwicklung im Stadtteil Vahr hat die Neueröffnung des Einkaufszentrums Berliner Freiheit, das sich seit Februar 2003 als ein deutlich modernisiertes Versorgungszentrum präsentiert. Es bietet eine ausgewogene Mischung von kleinteiligen Angeboten, Fachgeschäften und größeren Einzelhandelsangeboten und verdeutlicht beispielhaft die Integration moderner Handelsformen in Stadtteillage.

Standortstärkende Stadtentwicklungspolitik

Die Handelskammer hat 2003 an einer Reihe von stadtentwicklungspolitischen Projekten mitgewirkt. Zu nennen sind beispielsweise die verkehrliche Anbindung der Überseestadt in Richtung Innenstadt, die Planungen zur weiteren Aufwertung der Waller Heerstraße, die Vorhaben zur Verdichtung des Technologieparks sowie die Bauleitpläne zur Entwicklung im Bereich Airportstadt Süd-Ost. Dabei kommt es aus Sicht der Kammer insbesondere bei den großen Einzelvorhaben darauf an, dass die Planungen den Grundsätzen einer zukunftsorientierten Strukturpolitik entsprechen.

Zu einer solchen Politik gehört eine expansive Gewerbeflächenausweisung. Ein quantitativ und qualitativ erstklassiges Angebot an Gewerbeflächen sichert die positive wirtschaftliche Entwicklung des Standorts Bremen. Es hat direkten Einfluss auf die Nachfrage nach Gewerbeflächen, fördert die Ansiedlung neuer Betriebe und schafft Arbeitsplätze. Die Handelskammer erwartet daher, dass die im Integrierten Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistun-

gen in der Stadt Bremen (IFP 2010) vorgesehene jährliche Erschließung von rund 50 Hektar Gewerbefläche auch tatsächlich realisiert wird, andernfalls würde die positive Entwicklung gefährdet.

Entscheidend wird sein, dieses Programm zielstrebig umzusetzen – auch gegen mögliche Widerstände, wie sie etwa hinsichtlich der Planungen zum Technologiepark Universität und der weiteren Gewerbeflächenerschließung in Niedervieland (III., IV. und V. Bauabschnitt) zu erwarten sind. Allerdings darf es nicht nur um die Ansiedlung neuer Unternehmen gehen. Ebenso wichtig ist es, den in Bremen ansässigen Unternehmen Standortbedingungen und damit Wachstumsmöglichkeiten zu bieten. Keinesfalls darf diese Form der Bestandspflege hinter der Akquisition von Neuan-siedlungen zurückstehen. Dies gilt umso mehr, als sich Bremen bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen in einem harten Standortwettbewerb befindet.

Wirtschaftsklima durch regionale Kooperation verbessern

Um in diesem großräumigen Standortwettbewerb zu anderen Regionen zu vernünftigen Abstimmungen mit dem niedersächsischen Umland zu gelangen, muss die Zusammenarbeit mit der Region sachgerecht und partnerschaftlich vorangetrieben werden. Durch eine solche ernsthaft betriebene Kooperation auf kommunaler Ebene müssen kontraproduktive Standortkonkurrenzen um Einwohner, Gewerbeansiedlungen und Kaufkraftbindung überwunden werden. Aufgabe der Landes-, Regional- und Kommunalpolitik ist es, ein unternehmens- und damit investitionsfreundliches Wirtschaftsklima zu schaffen, mit dem sich regionalwirtschaftliche Entwicklungen anstoßen und strukturpolitische Erfolge erzielen lassen. Nur durch die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft können zusätzliche Arbeitsplätze entstehen und Wohlstand und Fortschritt für das Umland gesichert werden.

Blick auf die „Zukunft Nordwest“

Um Ideen der Wirtschaft, wie der Nordwesten Deutschlands wirtschaftlich und strukturell nachhaltig gestärkt werden kann, ging es auf dem wirtschafts- und regionalpolitischen Kongress „Zukunft Nordwest“, zu dem die Handelskammer Anfang November 2003 zusammen mit fünf weiteren nordwestdeutschen Industrie- und Handelskammern in das Haus Schütting eingeladen hatte. Die sechs Kammern legten 120 Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einen Katalog mit standortpolitischen Handlungsempfehlungen vor, zu dessen Inhalten anschließend der Bremer Wirtschaftssenator Hartmut Perschau und sein niedersächsischer Kollege, Wirtschaftsminister Walter Hirche, Stellung bezogen. Dieser Katalog hebt vor allem die Verantwortung der Landesregierungen für ein unternehmens- und investitionsfreundliches regionales Wirtschaftsklima hervor und benennt zehn Handlungsfelder, durch deren Umsetzung die Ausgangslage und Wettbewerbsposition der Wirtschaft in Nordwestdeutschland gezielt und nachhaltig verbessert werden könnte. Die Stichworte lauten: Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, Sanierung der öffentlichen Haushalte, Abbau bürokratischer Hemmnisse, Modernisierung und praxisnahe Ausrichtung der Bildungssysteme, Stimulation einer Kultur der Selbstständigkeit, Gewährleistung schlüssiger Innovationsstrategien und leistungsfähiger Verkehrsverbindungen sowie einer zukunftsorientierten Ausrichtung der Hafenpolitik, Bereitstellung und Vermarktung attraktiver Gewerbeflächen sowie Stärkung des Standortmarketings und der Wirtschaftsförderungsinstrumente.



Alfred-Wegener-Institut (I.) und das Biotechnologiezentrum „Bio Nord“

Mehr Meer – Bremerhaven als Zentrum der Blauen Biotechnologie

Unter dem Oberbegriff „Biotechnologie“, einer Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, fassen die Wissenschaftler verschiedene Bereiche zusammen. Dabei führt die maritim orientierte Blaue Biotechnologie bislang eher ein Schattendasein, zumindest im Vergleich mit ihren „Schwestern“ Graue Biotechnologie (Einsatzgebiete im Bereich des Umweltschutzes und der Bioverfahrenstechnik), Grüne Biotechnologie (Agrarsektor) und Rote Biotechnologie (das Feld der Medizin).

Doch die Blaue Biotechnologie gewinnt immer stärker an Boden. Ein wesentlicher Grund dafür: Mit verschiedenen Aktivitäten und Maßnahmen positioniert sich Bremerhaven seit einigen Jahren als „Mekka“ für dieses Spezialgebiet – national und international. Jüngstes Beispiel für die erfolgreiche Profilierung: Auf der „Bio-Technica“ im Oktober 2003 in Hannover, Europas Leitmesse der Bio-Tech-Industrie, stand Bremerhavens „Bio Nord“ im Mittelpunkt.

Keimzelle der Blauen Biotechnologie

„Bio Nord“ ist die Bremerhavener Keimzelle der Blauen Biotechnologie: Im Mai 2003 wurde das Biotechnologiezentrum im Fischereihafen seiner Bestimmung übergeben. Schon kurze Zeit später waren alle Räumlichkeiten ausgebucht. Allerdings wurde bereits bei der Planung an einen möglichen Ausbau gedacht; entsprechende Flächen liegen in unmittelbarer Nähe zum „Bio Nord“. Wissenschaftler verschiedener Unternehmen und Einrichtungen finden im „Bio Nord“ bundesweit bislang einzigartige Rahmenbedingungen vor – die feste Grundlage für strikt anwendungsorientierte Entwicklungen und Forschungen. Die

ser enge Praxisbezug ist ein Markenzeichen dieser Institution, in die das Land Bremen und die Europäische Union zwölf Millionen Euro investiert haben, darunter knapp neun Millionen Euro für das Gebäude mit einer Fläche von 2.000 Quadratmetern.

Netzwerk in der Bremerhavener Biotechnologie

Die für Bremerhaven so bedeutende Lebensmittelwirtschaft und wissenschaftliche Einrichtungen der Seestadt arbeiten als Teile eines Netzwerkes intensiv zusammen, das von „Bio Nord“ geknüpft und gepflegt wird. Ein wichtiges Element dieses Netzwerkes ist beispielsweise das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), das mit 800 Beschäftigten größte Zentrum der deutschen Polar- und Meeresforschung.

Das AWI engagiert sich unter anderem stark in „Bio Nord“-Zusammenhängen, weil es selbst eine Arbeitsgruppe „Marine Naturstoffchemie“ betreibt. Diese erarbeitet unter der Leitung von Dr. Matthias Köck chemische und ökologische Studien von marinen Wirbellosen, marinen Mikroorganismen und Algen. Dem AWI zufolge besitzen marine Naturstoffe zum Beispiel im pharmazeutischen Bereich ein großes Potenzial. So sind die Hälfte der potenziellen Antitumor-Pharmaka Naturstoffe oder von Naturstoffen abgeleitete Verbindungen.

Für das technische Management des „Bio Nord“ ist das Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik (BILB) zuständig. Es ist eines von mittlerweile sechs Forschungsinstituten des Technologie-Transfer-Zentrums (ttz

Bremerhaven), das der Hochschule Bremerhaven nahe steht. 2003 hat die ttz-Familie Zuwachs bekommen: Das Bremerhavener Institut für Biologische Informationssysteme (BIBIS) nahm seine Arbeit auf. Es will die Strukturen und Prozesse von Mikroorganismen verstehen lernen und zwar mit Hilfe der Informatik. Das Ziel: Am Ende sollen gesündere Lebensmittel hergestellt und empfindliche Ökosysteme besser geschützt werden können.

Im „Bio Nord“ kümmert sich das BILB vor allem um die sach- und fachgerechte Nutzung des 478 Quadratmeter großen Technikums. Für dessen Infrastruktur wurden immerhin drei Millionen Euro ausgegeben. Allerdings beschränkt sich das BILB nicht auf technische Hilfen. Es unterstützt auch Existenzgründer und andere junge Unternehmer im „Bio Nord“ bei der Kontaktaufnahme zur heimischen oder zur überregionalen Wirtschaft. Und es prüft die „Marktauglichkeit“ von möglichen Innovationen.

Auch die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) als Bauherrin und Eigentümerin des Biotechnologiezentrums will nicht nur Flächen vermieten. Sie hilft jenen Firmen, die im „Bio Nord“ ihr Domizil gefunden haben, u. a. dabei, Kunden anzuwerben und Fördermittel abzuschöpfen. Den jungen Firmen soll von der BIS so lange geholfen werden, bis sie selbstständig Risikokapital erhalten können.

Biotechnologie-Tage

Darüber hinaus richtet die BIS eine neue Vortrags- und Informationsreihe aus: die Biotechnologie-Tage. Der dritte Biotechnologie-Tag wurde am Rande der „Bio-Tech-



nica", der europäischen Leitmesse der Bio-Tech-Industrie in Hannover organisiert.

Um in der gesamten Bundesrepublik auf den Biotechnologie-Standort Bremerhaven aufmerksam zu machen, stiftete die BIS den mit 50.000 Euro dotierten Fachpreis Biotechnologie. Er wird seither im Rahmen des Bremerhavener Gründerpreises der Dieckell Vermögensverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH und der Städtischen Sparkasse Bremerhaven verliehen. Diesen Fachpreis erhielt das Unternehmen Q-Bioanalytic GmbH. Die Firma will dem Know-how auf dem Gebiet der Molekularbiologie und molekularen Genetik zum industriellen Durchbruch verhelfen. Die Jury lobte vor allem den „hohen Innovationsgrad der Analysemethoden“.

Ergebnislieferant für die Lebensmittelforschung

Insgesamt betrachtet, hat es die Biotechnologie-Branche derzeit nicht leicht. Erstmals seit der Bildung dieses Industriezweiges vor 15 Jahren ging 2002 die Zahl der Unternehmen um ein Prozent und die der Angestellten sogar um sieben Prozent zurück. Der Blauen Biotechnologie hingegen wird allgemein von Experten eine gesunde Zukunft prognostiziert.

Orientierungsmaßstab ist das Ökosystem des Meeres. Sein großer Artenreichtum in Form der vielen verschiedenen Organismen offenbart ein gewaltiges Reservoir an noch fremden, aber nützlichen Stoffen für die Wissenschaft und die biotechnischen Verfahren. Vorgänge aus der Natur werden abgeschaut und die Erkenntnisse in die Bremerhavener Labore transportiert. Am Ende dieser Kette stehen unter anderem hilfreiche Werkstoffe vor allem für die Lebensmittelwirtschaft.

In diesem Zusammenhang ist „Functional Food“ eines der wichtigsten Stichwörter. Es meint jene Nahrungsmittel, die einen gesundheitlichen Nutzen aufweisen, der



Das Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik (BILB) managt das „Bio Nord“. Es ist eines von mittlerweile sechs Forschungsinstituten des Technologie-Transfer-Zentrums (ttz Bremerhaven), das eng mit der Hochschule Bremerhaven kooperiert.



Sparkassen-Vorstand Claus Brüggemann (r.) überreicht den Fachpreis Biotechnologie an die Biologen Dr. Carsten Harms (l.) und Dr. Boris Oberheitmann von der Firma Q-Bioanalytic GmbH.

nicht nur ihren natürlichen Nährstoffgehalt einschließt. Diese Produkte werden mit Zusatzstoffen versetzt. So finden sich Fischöl in Eiern, Kalzium in Müsli und probiotische Bakterien in Milchprodukten wieder. Experten sind sich darin einig, dass die weltweite Nachfrage nach hochwertigen, industriell gefertigten Lebensmitteln mit gesundheitsfördernden Zusatzstoffen wächst. Und durch den Einsatz der modernen Biotechnologie können die Produktionsverfahren, die Produktentwicklung und die Produktqualität in der Lebensmittelherstellung noch enorm verbessert werden.



Die Biotechnologie ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Ein Bereich ist die Blaue Technologie: Sie entwickelt sich zu einem Markenzeichen Bremerhavens. Keimzelle dafür ist das neue „Bio Nord“ im Fischereihafen.



Leistungsbilanzen Bremen



Während des 54. International Astronautical Congress im Herbst 2003 stand Bremen im Zentrum der internationalen Raumfahrtwelt.



Die Handelskammer war auf den Bremer Gründertagen im Messecentrum präsent.

Industrie, Innovation, Umwelt

Jahresbilanz Industrie und maritime Wirtschaft in Bremen

Zum Ende des Jahres 2003 hat die Handelskammer zum dritten Mal ihre Jahresbilanz zur Entwicklung der Industrie und der maritimen Wirtschaft in Bremen vorgelegt. Sie informiert unter anderem über die wesentlichen Entwicklungen in den wichtigen Industriebranchen Bremens.

Insgesamt ist die konjunkturelle Entwicklung in der bremischen Industrie im Jahr 2003 recht unterschiedlich verlaufen. Zum Stichtag 30. September waren beispielsweise bei den meisten Vorleistungsgüterproduzenten rückläufige Beschäftigungszahlen, aber Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Bei den Investitionsgüterherstellern war gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt insgesamt ein leichter Rückgang beim Umsatz und bei der Beschäftigung erkennbar. Ursache hierfür war insbesondere die schwierige Situation im Auslandsgeschäft, die auf den stark gestiegenen Eurokurs zurückzuführen war. Darüber hinaus kamen in einigen Branchen einzelne unvorhersehbare negative Ereignisse zum Tragen. So hatte beispielsweise der Einbruch der kommerziellen Raketemärkte erhebliche Rückwirkungen auf die Raumfahrtindustrie in Bremen.

Angesichts der verhaltenen Stimmung ist Bremen mehr denn je darauf angewiesen, für die ansässigen Unternehmen ein erstklassiges Umfeld zu bieten. Dass die Wirtschaft auf positive Impulse schnell reagiert, macht unter anderem die attraktive Gewerbegebieterschließung in der Hemelinger Marsch deutlich, die sehr gut angenommen wird.

Eines der wichtigen überregionalen Ereignisse für den Standort Bremen war 2003 der 54. International Astronautical Congress, der vom 29. September bis 3. Oktober 2003 in Bremen stattfand. Bremen hat bei diesem Kongress ein hochkarätig besetztes Forum, um Entscheidungsträgern aus aller Welt zu zeigen, dass Bremen ein Innovationsstandort im Aufbruch ist.

Existenzgründung – neue Wege und Initiativen

Die Handelskammer ist stark in der Beratung von Existenzgründungen engagiert. Zusätzlich zur Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN, für die sich die Handelskammer einsetzt, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Handelskammer auch 2003 wieder rund 1.000 Anfragen von Gründungsinteressierten beantwortet und 300 ausführliche Beratungsgespräche geführt. Zudem waren sämtliche Existenzgründungsseminare ausgebucht.

Auffällig war, dass verstärkt Schulen anfragten, um das Modul „Existenzgründung“ im Schulunterricht einzubauen. In jüngster Zeit hat insbesondere die nebenberufliche Existenzgründung an Bedeutung gewonnen. Sie kann als Möglichkeit des Zuerwerbs zu einem bestehenden Arbeitsverhältnis, als Alternative zur Erwerbslosigkeit oder auch als Wiedereinstiegsmöglichkeit nach der „Kinderpause“ gute Chancen bieten. Die Handelskammer hat zu diesem Thema spezielle Informationen angeboten, unter anderem eine Podiumsveranstaltung zusammen mit dem Verein zib Koordinierungs- und Beratungsstelle Frau und Beruf, in der über rechtliche Rahmenbedingungen, persönliche Vorausset-



Bremen baut die Marke „city of science“ auf: Universität Bremen, Hochschule Bremen und International University Bremen veranstalteten im Sommer 2003 den Science Day in den Wallanlagen rund um die Kunsthalle und zeigten wie hier ein übergroßes DNA-Modell.

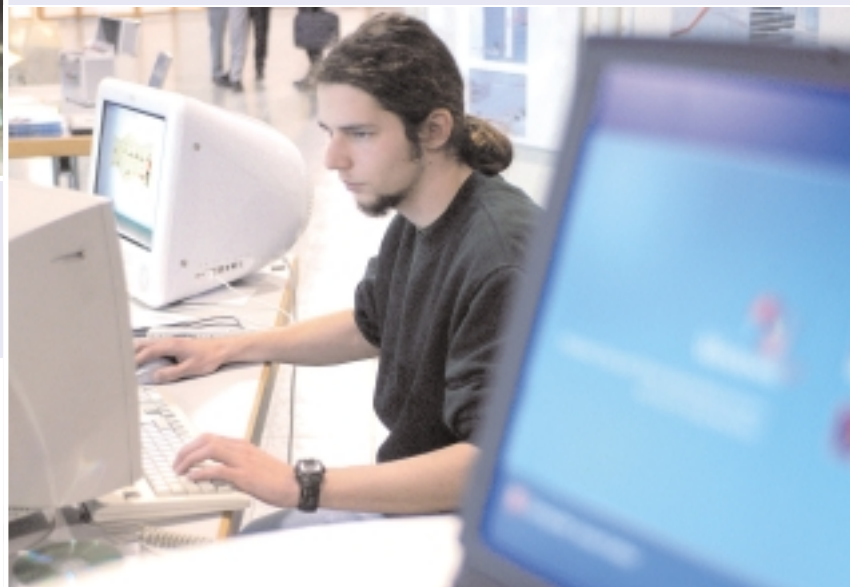
zungen und Unterstützung für die nebenberufliche Existenzgründung informiert wurde. Auf Grund der hohen Resonanz und der offenkundig wachsenden Nachfrage wird dieses Thema auch künftig weiter aufgegriffen.

Durch die Umsetzung der Beschlüsse der Hartz-Kommission, insbesondere im Hinblick auf die so genannte Ich-AG, wurde die Handelskammer verstärkt von Erwerbslosen angesprochen, die den Weg in die Selbstständigkeit planten. Dies erforderte eine neue fachliche Schwerpunktsetzung in der Gründungsberatung. Gefragt waren zunehmend Basisberatungsleistungen, insbesondere im Hinblick auf die Erstellung eines Business-Plans und die Diskussion der persönlichen Eignung eines Interessenten.

„bremen in t.i.m.e.“ kann noch besser werden

Im Jahr 2001 hat Bremen das Landesprogramm „bremen in t.i.m.e.“ (Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia, Entertainment) aufgelegt. Mit ihm sind ehrgeizige Ziele verbunden. Bis zum Ende der Programmlaufzeit 2005 will sich Bremen als herausragender Standort für wesentliche Teilbereiche des Zukunftsfeldes Information und Kommunikation etablieren. Die Handelskammer hat „bremen in t.i.m.e.“ von Beginn an konstruktiv begleitet. Der Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien hat 2003 zur „Halbzeit“ des Programms eine Zwischenbilanz gezogen. Insbesondere wurde die Frage geprüft, ob die bisher eingeleiteten Schritte geeignet sind, den selbst gestellten Anspruch zu erfüllen.

In der Bewertung konstatierte der Ausschuss eine zielführende Grundrichtung. Gleichzeitig mahnte er jedoch eine Nachjustierung an, um das Ziel mit den vorhandenen Ressourcen besser zu erreichen. Wichtig ist aus Sicht der Handelskammer beispielsweise eine Rückkehr zu dem Grundverständnis, dass es sich bei „bremen in t.i.m.e.“ vor allem um ein Innova-



tionsprogramm handelt, das möglichst unmittelbar und dauerhaft für Wachstum und neue Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft sorgen muss. Aktuell fließen gut zwei Drittel der t.i.m.e.-Mittel in Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen. Diesen Anteil hält der Handelskammer-Ausschuss für deutlich zu hoch. Die Handelskammer wird „bremen in t.i.m.e.“ weiterhin unterstützen, aber auch die beschriebenen Korrekturen einfordern.

Trotz Krise stabile Beschäftigungszahlen in der IT-/Multimedia-Wirtschaft

Über viele „neue“ Branchen sind weder in Bremen noch im Bund verlässliche und aktuelle Daten vorhanden. Dies gilt insbesondere für die IT- und Mediawirtschaft, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine stürmische Entwicklung genommen hat und einen Schwerpunkt der bremischen Wirtschaftsförderung bildet.

Die Handelskammer hat daher – wie schon im Jahr 2001 – zusammen mit der idea2business GmbH (Projekt PIA – Projekt zur Initiierung zusätzlicher Ausbildungsplätze) mehr als 600 Bremer Unternehmen telefonisch befragt. Auf dieser Basis konnte eine Hochrechnung erstellt werden, die insbesondere die Kennziffern Unternehmenszahl, Beschäftigte und Auszubildende umfasste.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die IT-/Multimedia-Wirtschaft in Bremen trotz angespannter Konjunktur behauptet hat. Insbesondere die Zahl der Unternehmen ist gegenüber 2001 stark gewachsen. In den rund 970 Firmen mit Schwerpunkt IT und Multimedia waren zu Beginn des Jahres 2003 rund 6.800 Menschen beschäftigt. 2001 waren es noch 6.500 Beschäftigte, hier fiel das Wachstum also deutlich

moderater aus. Die Bereitschaft der meist kleinen Betriebe, junge Menschen auszubilden, ist groß. So haben die befragten Unternehmen immerhin eine Ausbildungsquote von 5,3 Prozent, die sie im Jahr 2003 nochmals um neun Prozent steigern wollten.

Auf dem Weg zur Marke: city of science Bremen_Bremerhaven

Bremen baut seit 2001 mit „city of science Bremen_Bremerhaven“ eine Marke auf, um den Wissenschafts- und Innovationsstandort Bremen national wie international besser zu positionieren. Einen weiteren Eckpfeiler dieser Marketing-Kampagne bildet der bundesweit noch einmalige Internet-Wissenschaftsguide www.city-of-science.de. Er ermöglicht es Unternehmen, weltweit mit den Bremer Wissenschaftseinrichtungen zielgerichtet Kontakt aufzunehmen.

Die Handelskammer hat die city of science-Initiative von Anfang an aufgenommen und zahlreiche Aktionen – teils zusammen mit Partnern – in die Wege geleitet. In den city of science-Dialogforen, die mit der Gesellschaft „Freunde der Universität Bremen und der International University Bremen e. V.“ und Bremen Marketing veranstaltet werden, kamen rund 40 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik im Haus Schütting zusammen. Ziel war es, wichtige Entscheidungsträger in Bremen konzentriert über aktuelle Aktionen im Wissenschaftsmarketing und beim Innovationstransfer in Bremen zu informieren und Anregungen für Verbesserungen aufzunehmen. Zusammen mit einigen Partnern gibt die Handelskammer zudem das Bulletin „city of science“ heraus. Im Fokus dieses Bulletins steht das konkrete Beispiel dafür, wie und wo Technologietransfer in Bremen besonders gut funktioniert.



Die hanseWasser erbringt in Bremen die Entwässerungsleistungen; die Handelskammer will erreichen, dass Bremer Unternehmen die Vorsteuer auf Entwässerungsentgelte abziehen können.

Erfolg im Verborgenen – Vorsteuer- ausweis auf Abwasserrechnungen

Hinter der Berechnung der Abwasserentgelte steht in Bremen eine komplizierte juristische und steuerliche Systematik. Vereinfacht ausgedrückt stellt die hanseWasser Bremen GmbH, die in Bremen die Entwässerungsleistungen erbringt, der Freien Hansestadt eine „Kostenerstattung“ in Rechnung, die die gesetzliche Umsatzsteuer enthält. Dieser Betrag wird von Bremen brutto, ohne Ausweis der Umsatzsteuer, an die Abnehmer weiterberechnet. Gewerbliche Abnehmer können somit die Vorsteuer nicht geltend machen. Der Rechnungsbetrag geht zu 116 Prozent in den Aufwand. Bei der Entwässerung liegt somit faktisch eine Doppelbesteuerung zu Lasten der gewerblichen Abnehmer vor.

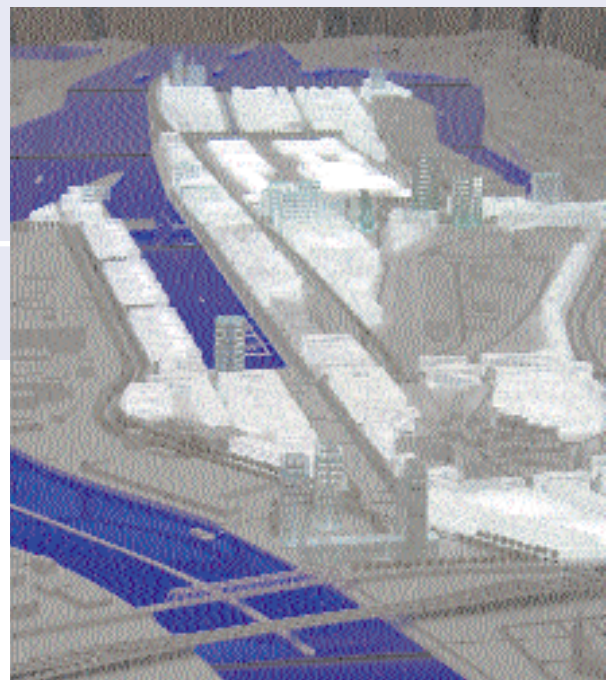
Die Handelskammer hat diese Problematik auf Anregung der Interbrew Deutschland GmbH aufgegriffen und in mehreren Treffen zusammen mit großen Abwasserproduzenten, dem Wirtschafts-, Umwelt- und Finanzressort Bremen sowie der hanseWasser mit dem Ziel erörtert, eine Abziehbarkeit der Vorsteuer auf Entwässerungsentgelte für die Bremer Unternehmen zu erreichen.

Nach eingehender Beratung wurde in dieser Arbeitsgruppe eine Vorgehensweise entwickelt, die diesem Ziel entsprechen würde, zugleich aber bundesweit einmalig wäre. Da hierbei juristisches und steuerrechtliches Neuland betreten würde, wird der Vorschlag jetzt durch einen renommierten Gutachter auf Umsetzbarkeit geprüft. Bei einem positiven Votum wird die Handelskammer darauf drängen, die erforderlichen Gesetzesänderungen in Bremen, die allen Bremer Unternehmen zugute kommen würden, umgehend einzuleiten.

Partnerschaft Umwelt-Unternehmen

Die 2002 begonnene Diskussion zwischen der Handelskammer und dem Senator für Bau und Umwelt zur Entbürokratisierung und zu Vollzugserleichterungen im Umweltschutz wurde 2003 fortgeführt. In diesem

Die Überseestadt im Modell: ein Projekt und seine architektonische Vision. Die Planungsfläche beträgt 300 Hektar und ist damit größer als die Hamburger Hafencity. Der Masterplan sieht eine breite Nutzungsvielfalt vor.



Sinne griff die Handelskammer nachdrücklich die Empfehlungen der Bremer Mittelstandsenquête zur Entbürokratisierung auf. Die Handelskammer konnte erreichen, dass die Bremer Privilegierungsverordnung und die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAwS) überarbeitet werden. Problematisch ist aus Sicht der Handelskammer aber die Beschränkung im ersten Entwurf der neuen Privilegierungsverordnung auf Betriebe, die nach EMAS zertifiziert sind. Die Erleichterungen müssen für eine möglichst große Zahl von Unternehmen gelten. Daher setzt sich die Handelskammer für eine Staffelung der Erleichterungen nach einem „Kaskadenprinzip“ für alle Betriebe, die EMAS, ISO 14001 oder ein vereinfachtes Umweltmanagementsystem ausüben.

Die Einrichtung der so genannten „partnerschaft umwelt unternehmen“, mit der das Ressort für Bau und Umwelt auf die Unternehmen in Bremen zugeht, wurde von der Handelskammer konstruktiv begleitet. Als positiv erweist sich die angestrebte neue Dialogkultur durch enge Kooperation aller Beteiligten in dieser Partnerschaft. Vorteilhaft wäre es jedoch gewesen, in der Partnerschaft gleich von Beginn an konkretere Anreize für die teilnehmenden Unternehmen gerade im Hinblick auf Entbürokratisierung und Deregulierung zu setzen.

Druckluft und Energie – Impulse für eine Kostensenkung

Durch den ständig wachsenden Wettbewerbsdruck, dem sich die mittelständische Industrie ausgesetzt sieht, wird der Anreiz für die Industriebetriebe immer stärker,

sich mit den Energiekosten und deren Verminderung auseinanderzusetzen. Die Handelskammer hat diese Thematik zusammen mit der IHK Bremerhaven in zahlreichen Informationsveranstaltungen aufgegriffen.

Im Tagesseminar „Druckluft effizient“ wurde beispielsweise die Optimierung von Druckluftsystemen erläutert. In diesem Seminar wurden wichtige Anregungen gegeben, wie einzelne Systemkomponenten optimiert werden können und welche Fragen bei Wirtschaftlichkeitsüberlegungen zu stellen sind.

In Verbindung mit der Energieleitstelle des Umweltsenators und dem Bremer Energiekonsens fand im September 2003 der Bremer Energietag im Haus Schütting statt. Im Mittelpunkt stand die Präsentation der Initiative Gewerbe-Impuls, die auf dem Energietag gestartet wurde. Ziel dieses Projekts ist die Unterstützung der Betriebe bei der energetischen Bestandsaufnahme, die Maßnahmenentwicklung und die Ableitung von Handlungsprozessen zur Energieeinsparung. Das kostenlose Angebot der auf drei Jahre angelegten Initiative wendet sich an Betriebe aller Branchen.

Leistungsbilanzen Bremen



International

Bremer Mittelstand steht vor außenwirtschaftlicher Offensive

Die bremische Wirtschaft steht vor einem neuen Globalisierungsschub, der zu einem wesentlichen Teil von kleinen und mittleren Unternehmen getragen wird. Die ohnehin hohe außenwirtschaftliche Verflechtung Bremens wird dadurch erweitert. Das folgt aus einer Befragung der Handelskammer im Frühjahr 2003 bei rund 300 Unternehmen. Konjunkturellen Schwächen versuchen die Unternehmen durch eine Internationalisierung ihrer Geschäfte zu begegnen. Dabei stehen insbesondere die Märkte Asiens und der mittel- und osteuropäischen Länder im Mittelpunkt des Interesses.

Umgang mit dem Risiko - 5. Deutscher Außenwirtschaftstag

Das Thema „Risikomanagement im Außenhandel“ stand im Mittelpunkt des Deutschen Außenwirtschaftstages, der am 11. November 2003 zum fünften Mal in Bremen stattfand. Gut 500 Teilnehmer diskutierten im Congress Centrum Bremen in zwölf Workshops über Chancen, Risiken, Beratung und Unterstützung bei der Finanzierung sowie über Sicherung und Verfolgung von Forderungen im Geschäftsverkehr mit dem Ausland. Der intensive Erfahrungsaustausch wurde durch eine hochkarätige Podiumsdiskussion zu Fragen der politischen Flankierung von Exportgeschäften abgerundet. Träger des alle zwei Jahre stattfindenden Deutschen Außenwirtschaftstages sind der DIHK, der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, der Bundesverband des Deutschen Exporthandels, der Bremer Senat und die Handelskammer Bremen. An-

lässlich des Außenwirtschaftstags wurde an die Element System Rudolf Bohnacker GmbH (Rottenacker/Ulm) auch der 3. Preis der Deutschen Außenwirtschaft verliehen.

Frühwarnsystem per E-Mail - das „Hanseatische Antidumpingregister“

Um den Bedürfnissen der importierenden Wirtschaft nach schnellen Informationen über neue Antidumping-Strafzölle der EU Rechnung zu tragen, haben die Handelskammern Bremen und Hamburg einen Informationsdienst über neue Sanktionsmechanismen eingerichtet. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die betroffenen Importeure und Weiterverwender die ihnen zustehenden Verfahrensrechte in Brüssel fristgemäß geltend machen können und vor allem nicht länger mit so genannter „schwimmender Ware“ von Strafzöllen überrascht werden, die oft den Bestand der betroffenen Unternehmen gefährden. Das „Hanseatische Antidumpingregister“ informiert deshalb per E-Mail über die Eröffnung neuer Festsetzungsverfahren und die einzuhaltenden Verfahrensfristen und prognostiziert den in Betracht kommenden Termin für die Festsetzung von Antidumping-Strafzöllen. Eine über das Internet abrufbare, nach Warentarifnummern sortierte tabellarische Darstellung aller Festsetzungsverfahren erleichtert die schnelle Prüfung, ob ein Unternehmen mit einer bestimmten Ware von einem Strafzoll erfasst werden könnte.

Forum für riesige Märkte - Deutsch-chinesisches Netzwerk gegründet

Mit der Gründung des Deutsch-Chinesischen Netzwerks (DCN) am 1. Juli 2003

haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven den intensiveren Geschäftsbeziehungen zwischen bremischen und chinesischen Unternehmen Rechnung getragen. Vertreter deutscher wie auch chinesischer Unternehmen treffen sich nun regelmäßig, um Erfahrungen auszutauschen, Kompetenzen zu bündeln und den Handel zwischen Bremen und China weiter auszubauen.

Die Welt im Fokus - Unternehmerforum und Delegationsreisen

Das von der Handelskammer und dem Juniorenkreis getragene Unternehmerforum „Business Contact“ war 2003 zu Gast in Budapest. 33 Unternehmer aus Norddeutschland nahmen daran teil. Eine Unternehmerkonferenz in der Andrassy Universität, Firmenbesichtigungen und Gespräche in der Deutschen Botschaft dienten der Anbahnung von Kontakten zu ungarischen Unternehmen.

Zusammen mit der K-Robotix GmbH, der Eurogate-Gruppe, dem Senator für Wirtschaft und Häfen sowie der Deutsch-Japanischen Gesellschaft organisierte die Handelskammer im November 2003 eine Delegationsreise nach Japan. Im Verlaufe der Reise mit Bürgermeister Hartmut Perschau wurden u. a. die Tokio Robot Exhibition und der Technologiepark in Yokosuka besucht. Unter Leitung von Bürgermeister Dr. Henning Scherf besuchte im September 2003 eine 25-köpfige Delegation aus Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur die Region Durban (Südafrika). Ziel der Reise war, zu prüfen, inwieweit die Pflege besonderer Beziehungen zum größten Hafen Afrikas sinnvoll ist.



oben: Empfang für den Träger des Deutschen Außenwirtschaftspreises, Rudolf Bohnacker (2.v.l.), im Bremer Rathaus mit Präses Dr. Plump, Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger, BGA-Präsident Börner und Hans-Jürgen Müller vom BDeX; links: Berlins Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Tacke, BGA-Präsident Börner und Wirtschaftsstaatssekretär Perschau auf dem 5. Deutschen Außenwirtschaftstag



Grenzen überwinden – Zoll- und außenwirtschaftliche Seminare

Gemeinsam mit dem Bremer Außenhandelsverband hat die Handelskammer 2003 die erfolgreichen Praxisseminare zum Zoll- und Außenwirtschaftsrecht fortgesetzt. In zwölf Seminaren wurden unter anderem Fragen der Zollabwicklung, der Einreihung von Waren in den Zolltarif, des Umgangs mit Formularen und der Nutzung von Zollpräferenzen für den Export angesprochen. Erneut stieß das Seminar „Exportkontrolle“, das sich insbesondere an Mitarbeiter exportierender Unternehmen aus dem Industriegüterbereich richtet, auf großes Interesse.

EU-Chemikalienpolitik wirtschaftsfreundlich ausgestalten

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Chemikalienpolitik könnte zu einer hohen Belastung für Importeure werden. Diese hätten nach den neuen Regelungen die Kosten für die aufwändigen Registrierungsverfahren und Sicherheitstests zu tragen. Grundsätzlich wäre es den Importeuren nicht gestattet, auf bereits erfolgte Registrierungen und Sicherheitstests Dritter zu verweisen, die mit identischen Stoffen handeln. Wegen des geforderten umfangreichen Datenkranzes wäre zu erwarten, dass sich der Import und der Handel mit vielen Stoffen nicht mehr lohnen würde, mit der Folge dramatischer gesamtwirtschaftlicher Effekte. Die Handelskammer hat daher gemeinsam mit anderen von der EU-Kommission gefordert, die Vorschläge auf ihre Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Im Einzelnen hat sie sich dafür eingesetzt, die Registrierungspflicht zu begrenzen und nichttarifäre Handelshemmnisse zu vermeiden. Außerdem hat sie ein Lizenzsystem vorgeschlagen, das Mehrfachregistrierungen der gleichen Stoffe verhindert. Die von der EU-Kommission unterdessen veränderten Regelungsentwürfe stellen einen ersten Zwischenerfolg im Kampf um eine wirtschaftsfreundliche Regelung dar.

Bremen Russland Netzwerk gegründet

Bremen hat in den zurückliegenden Jahrzehnten ein dichtes Netz an Verbindungen zu dem großen Nachbarn im Osten aufgebaut. Wirtschaftliche Kontakte, darunter Projekte von der Seefahrt bis zur Weltraumforschung, weisen ein eindrucksvolles Volumen auf. Diese Feststellung wurde anlässlich der Russland Tage im November 2002 bestätigt. Mit dem Ziel, diese vielfältigen Interessen genauer zu definieren und die Kontakte zu bündeln, machte die Handelskammer eine Umfrage über die Russland-Kontakte der bremischen Wirtschaft. Mit den Ergebnissen dieser Umfrage haben sich erstmals Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammengesetzt, um Lösungen zu den von den Unternehmern genannten Problemen bei ihren Russland-Aktivitäten zu erarbeiten. In der Zusammenarbeit der Handelskammer mit der Forschungsstelle Osteuropa, dem Senator für Wirtschaft und Häfen, der Senatskanzlei und dem Juniorenkreis der Handelskammer sind im Jahr 2004 „maßgeschneiderte“ Seminare, E-Mail-Rundschreiben, Veröffentlichungen sowie eine Unternehmerreise geplant.



Außenwirtschaft im Dialog: Zahlreiche ausländische Diplomaten (wie hier z. B. aus Burkina Faso, Großbritannien, Kroatien, Iran, China und Bolivien) waren 2003 in der Handelskammer zu Gast.



Leistungsbilanzen Bremen



Mit der Van Gogh-Ausstellung gelang der Kunsthalle ein spektakulärer Erfolg.

Handel, Dienstleistungen, Recht

Konjunkturentwicklung im Einzelhandel und Tourismus

Die Entwicklung im Bremer Einzelhandel war 2003 weitgehend durch eine allgemeine Konsumzurückhaltung gekennzeichnet. Selbst die seit 2001 erlaubten Rabatte und Zugaben konnten an dieser unbefriedigenden Entwicklung insgesamt nur wenig ändern. Zu den wenigen Gewinnern des Jahres 2003 zählten insbesondere die modernen Discountketten, die mit ihren Aktionsangeboten ihren Umsatz teilweise deutlich steigerten. Die schwache Binnenachfrage führte vor allem bei den großen Warenhäusern zu regelrechten Rabattwettbewerben, die sich zum Jahresende 2003 allerdings wieder deutlich reduziert haben. Die Folgen dieser Entwicklung – insbesondere für die Preisgestaltung im Fach Einzelhandel und bei der Kalkulation von Markenartikeln – sind gegenwärtig noch nicht absehbar, dürften aber für einzelne Vertriebsformen nicht unerheblich sein. Erfreulicher war die Entwicklung in der Tourismuswirtschaft. Nach konjunkturell bedingten Rückgängen bei den Übernachtungszahlen in den vergangenen beiden Jahren konnte – gegen den Bundestrend – wieder ein positiver Saldo verzeichnet werden. Die Situation in der bremischen Gastronomie war dagegen weiterhin durch eine anhaltende Ertragschwäche geprägt.

Bremen-Tourismus auf dem Vormarsch

Rund 800.000 Übernachtungen verzeichneten Bremer Hotels zwischen Januar und September 2003. Damit liegt Bremen knapp zwei Prozent über den Vergleichszahlen des Vorjahres. Rekordzahlen wurden vor allem im Mai erreicht. Mit fast

110.000 Übernachtungen lag er beinahe 15 Prozent über dem Vorjahresmonat. Die Gründe für dieses Plus liegen vor allem im zunehmenden Trend zu Kurzreisen und am guten Preis-Leistungs-Verhältnis in der Hansestadt.

Bremen etabliert sich als Ziel von Städtereisen mit einem vielfältigen Angebot. Höhepunkte im ersten Halbjahr 2003 waren die Van Gogh-Ausstellung in der Kunsthalle, die Schokoladen-Ausstellung im Überseemuseum, die Neueröffnung des „Botanika“ im Rhododendronpark sowie die gestiegene Anzahl von Großveranstaltungen.

Mit 70 Prozent Anteil am Gesamttourismus spielt der Geschäftsreiseverkehr eine wichtige Rolle für Bremen. Große Messen und Kongresse wie die Diabetes-Tagung mit 5.500 Teilnehmern im Mai 2003 oder der Intensivmedizinische Kongress im Februar trugen dazu bei, die Hotelbetten zu füllen. Im Ranking aller Bundesländer belegte das Land Bremen in den zurückliegenden Monaten immer wieder Spitzenplätze.

Mit der Eröffnung neuer großer Häuser wurde die Hotellandschaft in Bremen ergänzt. Von besonderer Bedeutung für den Tourismus ist jedoch auch die Entwicklung von Spartenhotels, die bereits verwirklicht oder in Planung sind.

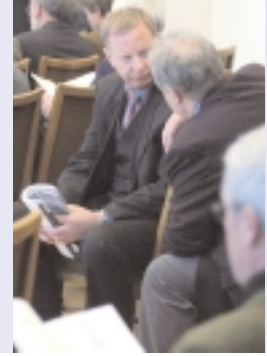
Besonders hervorzuheben war 2003 auch die Verleihung des so genannten „Bus-Oscars“ an Bremen. Dieser Preis wird alljährlich von der „Omnibus-Revue“ vergeben, Europas auflagenstärkster Zeitung für Bustouristik. Damit wurden Bremens

innovative Ideen, Angebote und Leistungen auf dem Gebiet der Bustouristik gewürdigt.

Der Städtetourismus ist für Bremen eine Jobmaschine. Wegen der großen Chancen in dieser Branche unterstützt die Handelskammer auch mit dem Arbeitskreis Tourismus die Pläne des Wirtschaftsressorts für ein gut gefülltes Tourismusprogramm 2010. Dadurch sollen nicht nur mehr Umsatz und Steuereffekte erzielt, sondern vor allem auch die Image- und Bekanntheitswerte Bremens gesteigert werden. Hierzu soll auch die Bewerbung Bremens als „Kulturhauptstadt Europa 2010“ dienen, die von der Handelskammer begleitet wird.

Der Tourismus ist nach wie vor eine Wachstumsbranche. Allein in den zurückliegenden zehn Jahren konnten die Übernachtungszahlen in Bremen um 25 Prozent gesteigert werden. Mit weiteren Großprojekten stehen die Chancen gut, das angestrebte Ziel von 1,5 Millionen Übernachtungen im Jahr 2006 zu erreichen, für 2010 peilt Bremen in etwa 1,9 Millionen Übernachtungen an.

Was den Weihnachtsmarkt betrifft, so hat die Handelskammer deutlich gemacht, dass er 2004 unbedingt auf die Schlachte erweitert werden sollte. Die Handelskammer hatte daher alle Beteiligten frühzeitig dazu auffordert, in dieser Frage wieder zu konstruktiven Gesprächen zusammenzukommen. Wichtig sei das gemeinsame Ziel, durch diese Ausweitung den Weihnachtsmarkt selbst, aber auch Bremen als Tourismusstandort deutlich zu stärken.



Bremen-Tourismus im Aufwind – das Innenstadtprogramm hat sich spürbar positiv ausgewirkt

1. Bremer Sachverständigentag im Haus Schütting

Innenstadterneuerung kommt voran

Das von der Handelskammer eingeforderte Sofortprogramm Innenstadt, das in den vergangenen Jahren zur Aufwertung des Stadtzentrums beigetragen hat, wurde auch 2003 fortgeführt. Die wichtigsten Projekte waren die Neugestaltung des Schlüsselkorbs sowie die Erarbeitung und teilweise Umsetzung des Beleuchtungskonzeptes für die Innenstadt. Dabei wurde Wert auf den intensiven Austausch zwischen den Kaufleuten und den planenden Behörden gelegt. Das Programm hat letztlich auch private Investitionen initiiert, die ohne das Sofortprogramm wahrscheinlich nicht getätigt worden wären. Die prominenteste davon wurde dieses Jahr mit der Neueröffnung des Kaufhauses Peek & Cloppenburg in der ehemaligen Wertpapierbörse umgesetzt. Die Erfolge dieser neuen Art der Zusammenarbeit waren für die Handelskammer und die beteiligten senatorischen Dienststellen Anlass, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Fortführung des Programms auch über das Jahr 2004 zu beschließen.

Licht im Richtlinien-Dickicht – Hilfe für Personaldienstleister und Versicherungsvermittler

Im Bereich der Dienstleistungsunternehmen hat die Handelskammer im Jahr 2003 in zwei größeren Umfragen Unternehmen der Zeitarbeitsbranche und der Versicherungsvermittlern befragt. Beide Branchen sind derzeit mit umfangreichen Gesetzesänderungen konfrontiert. Die Zeitarbeitsunternehmen mussten sich 2003 erstmals mit Tarifverträgen auseinandersetzen, die für die gesamte Branche gelten. Jeder der vier bundesweit arbeitenden Zeitarbeitsverbände handelte ein eigenes Vertragswerk aus.

Die Versicherungsvermittler sind nach in Kraft treten einer neuen EU-Richtlinie ab 2005 in einer in dieser Form neuen öffent-

lich-rechtlichen Registrierung erfasst. Für beide Branchen hat die Handelskammer im Herbst 2003 bei Veranstaltungen über die wichtigen Trends und Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen informiert.

Forum für Sachverständige

Auf große Resonanz ist das erste Sachverständigenforum im Land Bremen gestoßen, zu dem die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven Anfang 2003 in das Haus Schütting eingeladen hatten. Dieses Forum diente dem Erfahrungsaustausch der von den Kammern öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen. Auf Grund des starken Zuspruchs soll es nun zu einer festen Institution werden. Im Mittelpunkt stand 2003 das europäische Zertifizierungswesen. Deutlich wurde, dass ein europäisches Zertifikat einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen und internationalen Markt bietet, aber die öffentliche Bestellung und Vereidigung in Deutschland seine besondere Bedeutung behalten wird.

Die besondere Bedeutung des Sachverständigenwesens für die Handelskammer zeigt sich allein schon an der Zahl der zu betreuenden öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen. So betreut die Handelskammer mehr Sachverständige als beispielsweise die Handelskammer Hamburg. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Handelskammer Bremen im Gegensatz zu allen anderen Kammern in ihrem Zuständigkeitsbereich die einzige bestellende Körperschaft ist.

Bremen als Vorreiter – Sachverständige für Bodenschutz und Altlasten

Im Frühjahr 2003 ist in Bremen die Verordnung über Sachverständige für Bodenschutz und Altlasten in Kraft getreten. Damit hatte Bremen als erstes von den fünf norddeutschen Bundesländern, die

hier zusammenarbeiten, die gemeinsam entwickelte Musterverordnung umgesetzt. Dies ist für die Industrie- und Handelskammern, vor allem auch für Bremen, ein großer Erfolg. Durch die Zusammenarbeit auf Kammerebene gibt es eine einheitliche Rechtsgrundlage und ein einheitliches Verfahren in ganz Norddeutschland. Außerdem ist es den Kammern gelungen, das Verfahren in Anlehnung zum Bestellungsverfahren zu gestalten und mit diesem zu verzahnen. Dies hilft, der Zersplitterung des Sachverständigenwesens entgegenzuwirken. Die fachliche Überprüfung wird durch ein gemeinsames norddeutsches Fachgremium vorgenommen, das derzeit unter maßgeblicher Beteiligung von Bremer Umwelt-Experten das Prüfverfahren entwickelt und anschließend die ersten Überprüfungen vornehmen wird. Erste Anträge sind bei der Handelskammer gestellt. Insgesamt wird mit einer erheblichen Anzahl von Anträgen in Bremen gerechnet.

Einigung bei Wettbewerbsstreitigkeiten

Die von der Landesregierung bei der Handelskammer errichtete Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten hat ihre erfolgreiche Tätigkeit auch 2003 fortgesetzt. Diese Verfahren dienen der raschen außergerichtlichen Abwicklung von Wettbewerbsstreitigkeiten und enden häufig mit einem gütlichen Ausgleich zwischen den Parteien. Die Einigungsstelle besteht in jedem Verfahren aus einem Vorsitzenden und zwei sachverständigen Gewerbetreibenden als Beisitzern. Bremer Unternehmer stellen sich regelmäßig für diese ehrenamtliche Tätigkeit zur Verfügung und konnten auch in diesem Jahr in ausreichender Anzahl hierfür gewonnen werden.

Ein Meilenstein für Bremens
logistische Kompetenz,
gesetzt von
Tchibo und der BLG:
Europas größtes Hochregallager



Auch weiterhin „Richtig steuern“

Die Handelskammer hat ihre Veranstaltungsreihe „Richtig Steuern“ auch im Jahr 2003 fortgesetzt und eine Vielzahl von Fragestellungen aus dem Steuerrecht aufgegriffen. Zu den Themen gehörten z. B. grundsätzliche Fragen wie die Leistungen des Steuerberaters oder Gestaltungsmöglichkeiten bei der Nachfolgeregelung für den Betrieb, aber auch spezielle Aspekte wie die aktuelle Entwicklung der Ertragssteuern oder die zentralen Probleme der internationalen Jahresabschlussanalyse. Auf reges Interesse stießen auch Veranstaltungen wie der Fachtag Einzelhandel, der sich mit der interkommunalen Abstimmung von Großprojekten beschäftigte, oder der Fachtag Zeitarbeit, der die Zukunftsperspektiven in der Arbeitnehmerüberlassung aufgriff.



oben: Fachtag „Einzelhandel für urbane Stadtregionen“ in der Handelskammer; unten: Diskussion über „Aktuelle Entwicklungen im Bilanzrecht“

Verkehr, Häfen, Regionalplanung

Die bremischen Häfen laufen und laufen ...

Die positive Entwicklung der bremischen Häfen hat sich fortgesetzt. Auch für das Jahr 2003 war wieder ein Rekordergebnis zu verzeichnen, wobei sich nicht nur der Containerumschlag, sondern auch andere Bereiche positiv entwickelten. Im ersten Halbjahr 2003 hat der Containerumschlag um 11,4 Prozent auf 1.591.881 Standardcontainereinheiten (TEU) zugelegt (erstes Halbjahr 2002: 1.428.504 TEU).

Sowohl die Hafengruppe Bremerhaven als auch die Hafengruppe Bremen konnten erhebliche Zuwächse verzeichnen. Ein Zeichen für die positive Entwicklung des Logistikzentrums Bremen war die Inbetriebnahme des größten europäischen Hochregallagers im Neustädter Hafen am 26. September 2003.

Der Ausbau der Containerumschlagskapazitäten ging planmäßig voran. So wurde die Ausbaustufe CT IIIa im November des Berichtsjahres in Betrieb genommen. Für die Erweiterung des Containerterminal CT IV wurde 2003 das Planfeststellungsverfahren vorangetrieben; mit dem Planfeststellungsbeschluss wird im April 2004 gerechnet. Der Baubeginn soll sich direkt anschließen, so dass mit der Fertigstellung des ersten Liegeplatzes Ende 2006 zu rechnen ist. Die Fertigstellung des gesamten Projektes mit einer Kajenlänge von 1.700 Metern und vier Großschiffsliegeplätzen soll Ende 2007 erfolgen. Damit wird die Fertigstellung dieser Umschlagskapazitäten deutlich vor der Inbetriebnahme des ersten Abschnitts des Jade-Weser-Ports liegen, der für das Jahr 2010 geplant ist. Im Hinblick auf das weiter stark ansteigende Volumen im Container-

verkehr ist diese stufenweise Erweiterung der Umschlagskapazitäten dringend erforderlich, damit die Seehafenverkehrswirtschaft Bremens an diesem Zukunftsmarkt partizipieren kann. Die Handelskammer hat die Notwendigkeit beider Maßnahmen auch 2003 nachdrücklich vertreten.

Ein für die Seehafenverkehrswirtschaft wichtiges Thema waren die auf Druck der USA verschärfte Sicherheitsmaßnahmen im internationalen Güterverkehr. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsetzung des ISPS-Codes, der für Schifffahrts- und Hafenumschlagsunternehmen die Bestellung von „Security-Beauftragten“ und die Erstellung von Sicherheitsplänen fordert sowie die Forderung der USA, dass die Manifestdaten 24 Stunden vor Beladung des Schiffes dem US-Zoll gemeldet werden müssen. Die Handelskammer hat sich dafür eingesetzt, dass sich die Anforderungen an die Unternehmen an den tatsächlichen Gefährdungen orientieren und keine überzogenen, praxisfremden Maßnahmen gefordert werden. Zudem darf sich nach Auffassung der Handelskammer die öffentliche Hand nicht ihrer Verantwortung entziehen und die Unternehmen mit den Kosten für die gestiegenen Sicherheitsanforderungen alleine lassen.

Für die Hafengruppe Bremen regte die Handelskammer 2003 die Erarbeitung von Master-beziehungsweise von Entwicklungsplänen für die Industriehäfen und den Neustädter Hafen an. Beide Areale besitzen insbesondere im Hinblick auf die Wertschöpfungsintensität noch erhebliche Entwicklungspotenziale.

Ein Zeichen, dass sich die hafenpolitischen Aktivitäten auch wieder verstärkt der



Verkehrsforum in der Handelskammer mit der Berliner Staatssekretärin Mertens

Die längste Kaje der Welt: In Bremerhaven wurde der CT IIIa eröffnet

Hafengruppe Bremen zuwenden müssen, war die Gründung einer Interessengemeinschaft mittelständischer Unternehmen in den Hafendreieck rechts der Weser.

Impulsgeber – bremische Schwerpunkte im Bundesverkehrswegeplan 2003

Bremen kann nach Auffassung der Handelskammer mit dem Bundesverkehrswegeplan 2003 (BVWP), der Anfang Juli 2003 im Bundeskabinett verabschiedet wurde, im Grundsatz zufrieden sein. Alle vorrangigen bremischen Projekte konnten gut abgesichert werden. Auch hat sich der Länderanteil Bremens am Finanzierungsvolumen erhöht. Enthalten sind im vordringlichen Bedarf folgende Vorhaben: die A281 (einschließlich Weserquerung), der teilweise sechsstreifige Ausbau der A27, die B74 (Verlegung Farger Straße – Kreinsloger Straße, A270), die B212 (Landesgrenze Niedersachsen bis Anschluss an die A281); im weiteren Bedarf sind enthalten: achtstreifiger Ausbau der A1 zwischen Bremer Kreuz und Anschlussstelle Bremen-Brinkum, sechsstreifiger Ausbau der A27 zwischen den Anschlussstellen Bremen-Freihafen und Bremen-Vahr), die B6 (vierstreifiger Ausbau der Brücke über den Verteilerkreis Utbremen) sowie die B6n (Neuenlander Straße/A 281 bis Anschlussstelle Bremen-Brinkum/A1). Damit werden bis zum Jahr 2015 insgesamt 509 Millionen Euro durch den Bund allein in die Straßenverkehrsinfrastruktur in Bremen investiert. Dazu kommen noch rund 165 Millionen Euro privater Mittel für die Weserquerung.

Besonders erfreulich ist aus Sicht der Handelskammer die Aufnahme weiterer Abschnitte der Autobahn A1 als Pilotprojekt für ein aus der streckenabhängigen Lkw-Maut finanziertes Betreibermodell in den neuen BVWP. Die Handelskammer hat sich hierfür federführend in einer gemeinsamen Aktion von betroffenen Kammern seit dem Herbst 2000 und mit einer ganzen Reihe von Aktivitäten eingesetzt.

Im Zusammenhang mit dem von Bremen angemeldeten Infrastrukturausbau im Bahnknoten Bremen wurde bislang lediglich eine Gesamtsumme in Höhe von einer Milliarde Euro für das bundesweite Knotenausbauprogramm in den BVWP eingestellt. Damit der Knoten Bremen nicht zum Engpass wird, muss nunmehr sichergestellt werden, dass die notwendigen Maßnahmen in Bremen in dieses Programm aufgenommen werden.

Im Hinblick auf die seewärtige Erreichbarkeit der bremischen Häfen ist zwar derzeit nur der Ausbau der Unterweser, nicht aber der weitere Ausbau der Außenweser als „vordringlicher Bedarf“ im neuen BVWP enthalten. Dies hat jedoch formale Gründe, da die notwendigen Voruntersuchungen für die neuerliche Vertiefung noch nicht vorliegen. Allerdings besteht die Zusage, dass bei einer positiven Bewertung, von der ausgegangen werden darf, auch eine Realisierung außerhalb des BVWP vorgenommen werden kann.

Als Problem für den Ausbau der Weser – insbesondere der Unterweser – stellt sich dagegen inzwischen eine Diskussion um die Einstufung des Flusses als FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) dar. Hier droht auf Grund von Wanderfisch-Aufkommen eine vorsorgliche Unterschutzstellung der gesamten Unterweser, ohne dass eine Abwägung mit den massiven wirtschaftlichen Nachteilen für die Region erfolgt. Die Handelskammer ist hier gemeinsam mit den anderen an der Unterweser gelegenen Industrie- und Handelskammern aktiv, um überzogene Fehlentscheidungen zu verhindern.

Versachlichung bei einem Reizthema – die Lkw-Maut

Die zum 31. August 2003 vorgesehene Einführung der streckenabhängigen Maut für schwere Lastkraftwagen konnte bislang nicht umgesetzt werden. Ein konkreter Termin für die Inbetriebnahme ist noch nicht in Sicht. Das hiermit einhergehende

Informationschaos machte es zu einer der vordringlichen Aufgaben der Handelskammer, über die IHK-Organisation die Bundespolitik auf die nachteiligen Folgen einer übereilten Mauteinführung in Deutschland hinzuweisen. Andererseits ging es darum, die Wirtschaft über die Details der Maut möglichst zeitnah und umfassend zu informieren.

Auf großes Interesse stieß am 7. Mai 2003 eine entsprechende Informationsveranstaltung im Haus Schütting. Mehr als 150 Vertreter aus dem Speditionsgewerbe, der Verladerschaft, dem Werkverkehr und der Entsorgungswirtschaft waren der gemeinsamen Einladung der Handelskammer, des Landesverbandes Verkehrsgewerbe Bremen (LVB) und des Vereins Bremer Spediteure gefolgt, um sich über das System der Maut erfassung und seine Auswirkungen zu informieren.

Wo Bremen rollt – innerbremische Verkehrsprojekte

Fertigstellung – Im Jahr 2003 wurde eine Reihe wichtiger Verkehrsprojekte abgeschlossen. Die Inbetriebnahme des Hemelinger Tunnels stellte das herausragende Ereignis dar, weil jetzt die Sanierung des Stadtteils Hemelingen zügig vorangetrieben werden kann. In der Innenstadt sind die Vollendung der Baumaßnahmen zwischen AOK- und Brill-Kreuzung sowie die gelungene Umgestaltung des Schlüsselkorbs hervorzuheben. Das Einkaufszentrum Berliner Freiheit ist seit 2003 mit dem ausgebauten Vollanschluss Richard-Boljahn-Allee/Karl-Kautsky-Straße deutlich besser zu erreichen. Die damit einhergegangene Abriegelung der Friedrich-Stampfer-Straße wurde gegen den Widerstand der Handelskammer und des ansässigen Einzelhandels durchgesetzt.

Der Rückbau der Stader Straße wurde im Jahr 2003 vollendet, ebenso der Umbau der Schwaneweder Straße in Bremen-Nord. Im Zusammenspiel der Handelskammer und der Initiative „Blumenthal aktiv“ konn-



Lkw-Maut und
Gefahrgut im
Fokus von
Kammer-
Veranstaltungen

te dort im Interesse der Gewerbetreibenden eine Halbierung der Bauzeit erreicht werden. Nahezu das ganze Jahr 2003 hindurch war die Schwachhauser Heerstraße zwischen Kurfürstenallee und Hollerallee eine Großbaustelle. Für die Handelskammer kommt es bei dieser wichtigen Zulaufstrecke zur Innenstadt letztlich auf den Leistungserhalt für den Individual- und Wirtschaftsverkehr an.

Bauphase – Derzeit befindet sich eine Reihe wichtiger Verkehrsprojekte im Bau. Neben den Autobahnen A27 (Dreispurigkeit zwischen Freihäfen und Ihlpohl) und A281 (zweiter Bauabschnitt zwischen Flughafendamm und Warturmer Heerstraße), die sich auf gutem Wege befinden, sind es Maßnahmen wie in der Hamburger Straße oder im Waller Ring, die weiterhin für Verkehrsbehinderungen sorgen. Die Handelskammer steht dabei in engem Kontakt mit den Planungs- und Bauträgern, um die Erreichbarkeit der Geschäfte und Gewerbestandorte sicherzustellen und möglichst kurze Bauzeiten zu erreichen.

Auf Zustimmung der Wirtschaft trifft die Verbindung des Gewerbegebiets Funkschneise mit der Osterholzer Heerstraße, da mit dieser Vernetzung stadtverträglichere Wirtschaftsverkehre möglich werden. Grundsätzlich zu begrüßen sind auch die intensiven Bemühungen der Stadt, den Verkehrsfluss in Bremen durch intelligente technische Lösungen zu optimieren. Instrument wird dazu die im Aufbau befindliche Verkehrsmanagementzentrale sein. Daneben laufen – nach erfolgreichem Abschluss einer ersten Phase – nunmehr Untersuchungen für weitere Strecken, die für eine Grüne Welle-Steuerung in Frage kommen. Verkehrsteilnehmer etwa in der Parkallee oder auf dem Osterdeich konnten hier bereits im Jahr 2003 Verbesserungen wahrnehmen.

Planung – Zu den Projekten, die aktuell in Planung sind, gehört mit der Linksabbiegerspur vom Wall in die Sögestraße eine von der Handelskammer erfolgreich eingeforderte Maßnahme zur verbesserten Erreichbarkeit der City. Die Auffahrt zur A27 wird durch die geplante Aufweitung des Autobahnzubringers Horn-Lehe (durchgehende Zweispurigkeit ab Lilienthaler Heerstraße) bei gleichzeitiger Entschärfung der engen Kurvenradien nachhaltig verbessert.

Die planerische Fortsetzung des Straßenumbaus Schwachhauser Heerstraße, Dobbenweg und Rembertikreisel wird von der Handelskammer kritisch begleitet. Während für die Umgestaltung des Rembertikreisels ein breiter Konsens besteht, sind die Verfahrensbeteiligten hinsichtlich des Dobbenwegs und des Concordiatunnels geteilter Meinung. Aus Sicht der Wirtschaft dürfen hier keinesfalls Millionenbeträge für Maßnahmen eingesetzt werden, die in der Konsequenz leistungsmindernd sind. Die ohnehin anstehende Brückensanierung muss für eine Aufweitung des Concordia-Tunnels genutzt werden. Alles andere wäre eine grobe stadtplanerische Fehlleistung.

Entschieden lehnt die Handelskammer die beabsichtigte Zusammenlegung von Straßenbahn und Individualverkehr im engen Straßenraum des Dobbenwegs ab. Weder städtebaulich noch verkehrsplanerisch ist es sinnvoll, den Verkehr stadteinwärts bis zum Concordia-Tunnel vierspurig zu führen, nur um ihn im Anschluss durch einen Flaschenhals und künstlichen Engpass zu zwingen. Unstrittig ist, dass eine Zusammenfassung sämtlicher Verkehre im Dobbenweg unter Verzicht der Schleifmühlenumfahrung eine Verminderung der Verkehrlichen Leistungsfähigkeit von circa 30 Prozent zur Folge haben wird. Darüber hinaus sind weitere Beeinträchtigungen unvermeidbar, die den ursprünglichen Ansatz einer städtebaulichen Aufwertung konterkarieren. Dabei handelt es sich um

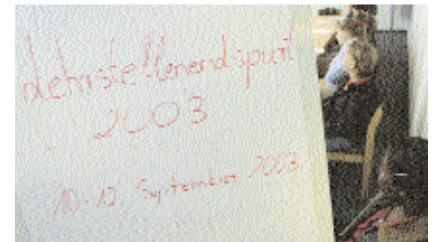
den Verlust der letzten Parkplätze im Dobbenweg und den Wegfall bisheriger Abbiegemöglichkeiten. Die Handelskammer fordert daher die durchgehende Vierspurigkeit für den gesamten Straßenzug zwischen Kurfürstenallee und Rembertikreisel. In der Frage der Umgestaltung des Dobbenwegs sollte der jetzige Zustand beibehalten werden. Einzige Alternative dazu wäre die Verlegung des Straßenbahnverkehrs in die Schleifmühlenumfahrung, um den stadteinwärtigen motorisierten Individualverkehr durch den Dobbenweg führen zu können.

Umgang mit Gefahrgut – Schulung, Fortbildung, Prüfungen

Die Handelskammer übernimmt auf Grund verschiedener Rechtsverordnungen hoheitliche Aufgaben im Verkehrsbereich. Sie ist zuständig für die Anerkennung und Überwachung der Gefahrgutfahrer- und Gefahrgutbeauftragtenschulungen sowie für die Abnahme der entsprechenden Prüfungen einschließlich der Ausstellung der ADR-Bescheinigungen („Gefahrgutführerscheine“) und der Schulungsnachweise des Gefahrgutbeauftragten. Im Jahr 2003 wurde rund 900 Gefahrgutfahrern und 110 Gefahrgutbeauftragten die vorgeschriebene Fachkenntnis im Umgang mit gefährlichen Gütern bescheinigt. Eine weitere Aufgabe der Handelskammer ist die Abwicklung der Prüfungen für angehende Unternehmer im Güterkraft- und Straßenpersonenverkehr. Im Jahr 2003 nahmen 80 Personen an diesen Prüfungen teil.



„Markt der Berufe“ im Rolandcenter und Aktion „Lehrstellenendspurt“ in der Handelskammer



Aus- und Weiterbildung

Ausbildungsplatzsituation 2003 – Kraftakt mit gutem Ausgang

Zum Abschluss des Ausbildungsjahres 2003 hat die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge deutlich zugelegt. Am Stichtag 30. September wurden im Zuständigkeitsbereich der Handelskammer 2.778 neue Verträge registriert. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von annähernd zwei Prozent. Bei den gewerblichen Berufen waren sieben Prozent mehr betriebliche Ausbildungsverträge zu verzeichnen, im kaufmännischen Bereich konnte das Vorjahresniveau erreicht werden. Damit bewegen sich die Zahlen in Bremen über dem Bundesdurchschnitt. Nach Angaben des DIHK hat die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze bundesweit nur leicht um 0,7 Prozent zugenommen.

Neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergaben sich im Bereich der Metallberufe. Trotz der anhaltenden Konjunkturkrise am Bau ist die Ausbildungsbereitschaft der Bauwirtschaft nach wie vor hoch. Im kaufmännischen Bereich haben die Unternehmen im Groß- und Außenhandel sowie im Einzelhandel ihre Ausbildungsleistungen gesteigert. Der florierende Exporthandel und verstärkte Anzeichen einer erhöhten Konsumfreudigkeit der Verbraucher sind dafür ausschlaggebend. Leicht zugelegt haben auch die Dienstleistungs- und die Verkehrsberufe. Rückgänge waren im Bereich des Kreditgewerbes und der Versicherungen zu verzeichnen.

Endspurt mit Erfolg – die Ausbildungsaktionen 2003

„Offensiv für Wissen und Leistung“ – unter diesem Motto des Jahres der Aus- und Weiterbildung hat die Handelskammer auf

zahlreichen Veranstaltungen, Messen und Börsen über das Thema „Ausbildung“ informiert. Die „Top Job“ im Februar 2003 wurde auf Initiative der Handelskammer bereits zum fünften Mal veranstaltet. An Informationsveranstaltungen wie dem „Markt der Berufe“ im Schulzentrum Dreberstrasse und im Roland-Center, an Elternsprechtagen in Schulen und beim Arbeitsamt war die Handelskammer beteiligt, ebenso am Europatag und bei Telefonaktionen des „Weser Reports“ und des „Weser-Kuriers“.

Präses Dr. Dirk Plump rief die bremischen Unternehmen mehrfach dazu auf, in ihrer Ausbildungsbereitschaft nicht nachzulassen und einem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Begleitet wurden die Aufrufe durch Schreiben an die Unternehmen mit der Bitte um verstärkte Ausbildungsbemühungen. Unterstützung fand die Handelskammer auch durch Veröffentlichungen in den Medien. Gezielte Aktionen wie im August die Sonderbeilage „Ausbildung und Beruf“ der Bremer Tageszeitungen AG und die Beilage „Berufsperspektiven 2003“ im „Weser Report“; auch die Hörfunkkampagne mit Radio Bremen 4 im Juni und Juli half den Ausbildungsplatzsuchenden, sich umfassend zu informieren und in Kontakt mit Unternehmen zu treten.

Auch an der bundesweiten Lehrstellenoffensive des DIHK und der BILD-Zeitung im Juli 2003 beteiligte sich die Handelskammer. Mehr als 25 freie Ausbildungsplätze in Bremen konnten dort veröffentlicht werden. Besonders erfolgreich war der „Ausbildungsplatzendspurt 2003“ im September, eine gemeinsame Nachvermittlungsg-

aktion der Handelskammer, des Arbeitssamtes, der Handwerkskammer und des Bremer Ausbildungsbüros. An drei Tagen konnten 258 Jugendliche – wenn auch nicht immer in den Wunschberufen – an Unternehmen vermittelt werden, die noch über freie Ausbildungsplätze verfügten.

Mit der Lehrstellenbörse im Internet (www.handelskammer-bremen.de) bietet die Handelskammer ein leicht zu bedienendes Werkzeug für die Ausbildungsplatzsuche. Per Mausklick können Jugendliche Stellenangebote und Adressen der jeweiligen Ansprechpartner einsehen. Daneben können sie ein eigenes Stellengesuch aufgeben. Firmen können die Börse nutzen, um Ausbildungsgesuche der Jugendlichen aufzugreifen und eigene Gesuche einzustellen.

Ausbildungsreife und Berufsorientierung verbessern

Unternehmer und Ausbilder stellen immer häufiger fest, dass Schulabgänger beim Einstieg in die Ausbildung nicht die erforderlichen Qualifikationen mitbringen. Die steigenden Anforderungen der neuen und überarbeiteten Berufsbilder verschärfen dieses Problem. Die damit verbundene Entwicklung, dass viele Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schulen zunächst erst einmal zur Ausbildungsreife gebracht werden müssen, bindet deren Ressourcen.

Die Handelskammer begrüßt deshalb die Erweiterung des Berufsbildungsgesetzes um die Vorschriften zur Berufsausbildungsvorbereitung. Die Berufsbildungsvorbereitungsverordnung (BAV/BVO) muss nunmehr zügig mit Inhalten gefüllt werden.

94 Prozent der Schulen der Sekundarstufen I und II kooperieren bereits mit bremischen Unternehmen.



Leistungsbilanzen Bremen

Hierzu gehört die Bescheinigung von Qualifizierungsbausteinen, die zur Ausübung einer Tätigkeit befähigen und Teil einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder einer gleichwertigen Berufsausbildung sind.

Gemeinsam mit dem Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit setzt sich die Handelskammer für die Landesinitiative zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze ein. Mit dieser Initiative soll speziell die Gruppe der so genannten Benachteiligten gefördert werden.

Kampf um Kompetenz – die Schulprofile stärken

Die Profile der Hauptschule, der Realschule und der Gymnasien im allgemein bildenden Schulsystem müssen geschärft werden. In den Haupt- und Realschulen sollten solide Kenntnisse in den Fächern Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften sowie in einer Fremdsprache vermittelt werden. Ebenso sollten die Schülerinnen und Schüler auch Gelegenheit haben, soziale und persönliche Kompetenzen zu trainieren. In den Gymnasien müs-

sen wirtschaftliche Themen im Unterricht stärker gewichtet werden. Um die Vermittlung von ökonomischen Strukturen und betriebswirtschaftlich orientiertem Handeln sowie der Gestaltung von Arbeits- und Geschäftsprozessen voranzubringen, hat die Handelskammer das Lehrerbetriebspraktikum ausgebaut und einen Leitfaden für Lehrkräfte und Unternehmen erarbeitet.

Schule-Wirtschaft

Auch im Jahr 2003 hat die Handelskammer zusammen mit der Agentur Schule-Wirtschaft an der Verstärkung der Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen im Lande Bremen mitgewirkt. Die vielfältigen Kontakte zwischen den Partnern wurden ausgebaut und verstetigt, so dass heute 94 Prozent der Schulen der Sekundarstufen I und II mit bremischen Unternehmen kooperieren. Bezogen auf den gesamten Schulbereich einschließlich der Grundschulen ergibt sich ein Kooperationsgrad von 57 Prozent. Die Zusammenarbeit der Partner bewegt sich auf einer breiten Basis von Themen, die den Bedürfnissen der Schulen und der Unternehmen gerecht werden und einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer besseren Bildung unserer Jugendlichen leisten.

Leverenz-Stiftung unterstützt ökonomische Bildung online

Die Hermann Leverenz Stiftung hat 2003 entschieden, im Rahmen ihrer Satzung das Projekt der Bertelsmann-Stiftung „Ökonomische Bildung online – Wirtschaft in der Schule“ in Bremen zu unterstützen. Dieses Projekt soll nun in Zusammenarbeit mit dem Land Bremen flächendeckend umgesetzt werden. Es leistet einen praktischen und innovativen Beitrag zur Verbesserung des Wissens in wirtschaftsrelevanten Fächern bei Lehrerinnen und Lehrern und steht dabei als internet-gestütztes Aus- und Fortbildungsangebot zur Verfügung. Die Bausteine dieses Projekts ermöglichen einen flexiblen Einsatz des Angebots über Ländergrenzen hinweg.

Neue Wege – das Prüfungswesen reformieren

Das Berufsprinzip, der Abschluss einer Ausbildung durch eine Prüfung und die Zuständigkeit der Kammern sind wichtige Grundprinzipien der dualen Ausbildung in Deutschland, die langfristig erhalten werden müssen. Allein in Bremen haben im Jahr 2003 gut 2.300 ehrenamtliche Prüfer rund 7.000 Prüfungen abgenommen.

Im Detail zeigt sich im Prüfungswesen selbst allerdings erheblicher Reformbedarf – unter anderem im Hinblick auf berufliche Spezialisierungen und neue Prüfungsformen. Ein zu starres Berufskonzept würde jedoch zu immer mehr und immer spezialisierteren Berufen führen. Angesichts der Schnelligkeit der Berufswelt und der geforderten Flexibilität der Arbeitnehmer wäre dies nicht zeitgemäß. Die Handelskammer spricht sich daher für ein modernes Berufsprinzip aus, das flexible Spezialisierungen erlaubt und durch handlungsorientierte, objektive und weitgehend einheitliche Prüfungsmethoden unterstützt wird.

Darüber hinaus muss bei der anstehenden Reform des Berufsbildungsgesetzes geklärt werden, ob und wie berufsschulische und betriebliche Leistungen in die öffentlich-rechtlichen Prüfungsverfahren integriert werden können. Eine Integration kann allerdings erst erfolgen, wenn die seit langem bekannten Mängel berufsschulischer und betrieblicher Leistungsbeurteilung beseitigt sind.

Weiterbildung – Angebote für die Praxis

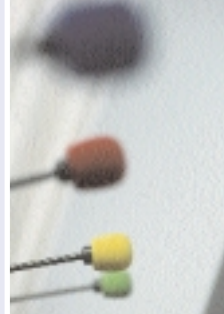
Auch die berufliche Weiterbildung muss bedarfsgerecht, flexibel und praxisnah gestaltet werden. Zur Sicherung des Qualitätsniveaus schafft die Handelskammer deshalb kontinuierlich neue Weiterbildungsangebote für alle Qualifikationsstufen und entsprechend dem Bedarf der Unternehmen. So wurde im Juni 2003 die Rechtsvorschrift „Geprüfter Medienfach-



Bürgermeister Dr. Scherf besuchte den Stand der Leverenz-Stiftung auf dem Stiftertag.



Das Gründungsteam des PR-Arbeitskreises



wirt/Geprüfte Medienfachwirtin" erlassen. Hierbei werden besonders Teilnehmer mit einer abgeschlossenen Ausbildung im Bereich der Medienwirtschaft angesprochen. Aber auch für jene, die eine mindestens fünfjährige einschlägige Berufspraxis in der Medienwirtschaft nachweisen können, bietet die neue Fortbildungsprüfung eine interessante Aufstiegsmöglichkeit.

Mit der im August 2003 in Kraft getretenen Fortbildungsregelung „Servicemonteur/-in für Windenergieanlagentechnik“ kommt die Handelskammer dem Bedarf der Windenergie-Branche entgegen. Diese Fortbildungsprüfung erfüllt den Bedarf der spartenübergreifenden Anforderungen und qualifiziert Facharbeiter, die hauptsächlich aus den Bereichen Metall- und Elektrotechnik kommen.

Chancen in der Krise – Information zu Bauberufen

Dass trotz abgespannter Konjunktur und Strukturkrise in der Bauwirtschaft junge Leute eine Zukunft in dieser Branche haben, zeigte sich bei einer Informationsveranstaltung im Juni 2003. Gemeinsam mit der Oldenburgischen IHK und dem Bauindustrieverband Bremen-Nordniedersachsen hat die Handelskammer in das Bau ABC Rostrup eingeladen, einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte im Ammerland. Junge Leute können zwischen 17 Bauberufen wählen. Die Ausbildung kann bereits nach zwei Jahren mit einem Facharbeiterbrief abgeschlossen werden, die Spezialisierung wird in einem weiteren Ausbildungsjahr erworben. Hier sind junge Leute mit Köpfchen gefragt, die sich engagieren wollen, denn die Aufgaben in der Baubranche werden immer komplexer, so dass Fertigkeiten und Kenntnisse künftig noch breiter angelegt sein müssen als heute.

Public Relations

Netzwerk für Bremen – neuer Arbeitskreis PR-Leiter

Mit einem neuen Arbeitskreis für Public Relations (PR) wird die Handelskammer künftig die Möglichkeiten und Qualitäten von PR für Unternehmen deutlicher in den Blickpunkt rücken. Von einem Gründungsteam, dem PR-Leiter aus unterschiedlichen Bereichen angehören, wurde dieser Arbeitskreis Ende August 2003 ins Leben gerufen. Ziel ist es, ein Netzwerk von Bremer PR-Führungskräften aufzubauen. Neben mehreren Netzwerk-Treffen jährlich wird es künftig auch ein Vortragsprogramm geben, das PR-Fachleute anspricht, sich zugleich aber an kleine und mittlere Unternehmen in Bremen wendet. Mitglieder des Gründungsteams sind Stephan Becker-Sonnenschein (Director Corporate Affairs, Kraft Foods), Dr. Jörg Schillinger (Leiter Public Relations, Brauerei Beck & Co.), Lutz Ruminski (Leiter Kommunikation und Koordination, BIG-Gruppe), Friedrich Dodo de Boer (Geschäftsführender Gesellschafter der Bremer Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien), Maike-Kristina Harich (Inhaberin der Agentur Dialog-PR) und Dr. Stefan Offenhäuser (Geschäftsführer, Leiter des Geschäftsbereichs Public Relations der Handelskammer).

Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“

Deutlich ausgeweitet wurde 2003 die Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“. Erstmals wurden ganztägige Praxis-Workshops angeboten. So konnten sich die Teilnehmer neben mehreren Vortragsveranstaltungen an zwei Tagen intensiv mit der Frage auseinandersetzen, welche Chancen

insbesondere kleine und mittlere Unternehmen haben, sich zur Marke zu machen, und wie sich der Umgang mit den regionalen Medien in Bremen gestalten lässt. Insgesamt hatten an der Reihe 2003 rund 200 Führungskräfte und Mitarbeiter aus der bremischen Wirtschaft teilgenommen.

Kompetenz im Netz

Ende 2002 ist die Handelskammer mit ihrem grundlegend überarbeiteten Internetauftritt ins Netz gegangen, der seither für die Mitgliedsunternehmen eine Fülle neuer Leistungen bietet, die rund um die Uhr im weltweiten Netz zur Verfügung stehen. Dieses Angebot hat die Handelskammer im Laufe des Jahres 2003 kontinuierlich ausgebaut, was auch zu einer deutlichen Zunahme der Seitenzugriffe geführt hat. So wurde beispielsweise die in ihrem Umfang stark ausgeweitete Lehrstellenbörse, in der Ausbildungsbetriebe freie Ausbildungsplätze anbieten und Jugendliche entsprechende Gesuche aufgeben können, im „Jahr der Aus- und Weiterbildung 2003“ zu einem wichtigen Instrument bei der Umsetzung des Ziels, das Ausbildungsjahr 2003 mit einer zumindest ausgeglichenen Bilanz abzuschließen.



Kulturhauptstadt-Intendant Martin Heller

Zentrale Dienste

Medienzentrum der bremischen Wirtschaft eingerichtet

Ende 2003 wurde das Medienzentrum der bremischen Wirtschaft fertig gestellt. Mit ihm steht den Mitgliedern der Handelskammer jetzt ein Dienstleistungsbereich zur Verfügung, der es ihnen ermöglicht, in modernem und arbeitsgerechtem Umfeld auf die umfangreiche Wirtschaftsbibliothek der Handelskammer und auf Archivalien aus mehr als einen halben Jahrtausend bremischer Wirtschaftsgeschichte zurückzugreifen. Komplettiert wird das Medienzentrum durch ein Infocenter im Eingangsbereich des Hauses Schütting.



Der Bremer Bundestagsabgeordnete Volker Kröning, Präses Dr. Plump und Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger eröffneten gemeinsam das neue Medienzentrum der Handelskammer.

Kultur – Wirtschaft,

Bremen auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europa 2010

Die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europa 2010 wird von der Handelskammer als Chance und Herausforderung angesehen, neue Wachstumsimpulse für Bremen auszulösen und damit die Attraktivität und Lebensqualität der Stadt und der Region zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer großen Kraftanstrengung. Die Handelskammer hat sich in einem „letter of intent“ gegenüber dem Senat der Freien Hansestadt Bremen bereit erklärt, die Aktivitäten der bremischen Wirtschaft als Kooperationspartner zu koordinieren. Das partnerschaftliche Zusammenwirken beider Seiten umfasst bis zur Abgabe des Bewerbungskonzeptes am 30. Juni 2004 unter anderem die weitgehend ideelle Unterstützung der Bewerbung. Des Weiteren soll auch inhaltlich an einer Konzeption mitgewirkt werden, damit die standortwirksamen Aspekte in der Bewerbung wie auch im Marketing entsprechende Berücksichtigung finden können. Andernfalls besteht die Gefahr, dass weder die direkten Standortwirkungen noch die nachhaltigen Wirkungen in den Folgejahren in ausreichendem Maße stattfinden. Als Eigenbeitrag hat die Handelskammer für den Bewerbungsprozess die Gründung eines Förderfonds für innovative Kulturprojekte angeregt. Dieses Projekt soll in public private partnership zu gleichen Teilen von Unternehmen und der Freien Hansestadt Bremen finanziert werden.



Der Stiftertag fand in Kooperation mit der Sparkasse Bremen statt; Prof. Manfred Erhardt (Mitte) vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gehörte zu den Ehrengästen.

Juniorenkreis

1. Bremer Stiftertag – mehr als 30 Bremer Stiftungen im Fokus

Mit dem 1. Bremer Stiftertag der Handelskammer in Kooperation mit der Sparkasse Bremen am 30. Oktober 2003 setzte die Kammer ihre Stiftungsinitiative der vergangenen Jahre fort. Mehr als 30 Stiftungen mit den Schwerpunkten Kunst/Kultur, Bildung, Wissenschaft und Jugend hatten sich im Haus Schütting in einer Ausstellung präsentiert. Der Stiftertag war Plattform für Kontaktmöglichkeiten und für weitergehende Impulse. Diese Veranstaltung bot den Unternehmen die Möglichkeit, sich einen Überblick über die Bremer Stiftungslandschaft zu verschaffen und über die Vielfalt der Stiftungen zu informieren. Dabei nahm die Handelskammer eine Mittlerrolle zwischen Wirtschaft und Stiftungen ein.

In mehreren Workshops wurden rechtliche und steuerliche Aspekte für Stiftungen, die Vermögensverwaltung, die Finanzplanung, Mittelverwendung, Organisation und Zustiftung behandelt. Auch wurde das Stiftungshaus Bremen vorgestellt. Den Abschluss bildete ein Stifter-Talk, in dem Fachleute zu aktuellen Themen des Stiftungswesens Stellung bezogen und deutlich machten, welche vielfältigen Möglichkeiten bestehen, das bremische Stiftungswesen noch nachhaltiger zu fördern.

In diesem Zusammenhang hat sich die Handelskammer dafür eingesetzt, die im vergangenen Jahr beschlossenen Änderungen im Stiftungsbundesrecht in einer Novellierung des bremischen Stiftungsgesetzes auf Bremen zu übertragen, um damit stiftungsfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wirtschaftsjunioren 2003 – ein erfolgreiches Jahr

Im Jahr 2003 stand – passend zur Bürgerschaftswahl – die Politik als übergeordnetes Thema im Mittelpunkt des Programms des Juniorenkreises der Handelskammer. Erstmals in der 50-jährigen Geschichte des Juniorenkreises wurden durch die Arbeitskreise „Politik/Wirtschaft“ und „Pro Bremen“ gleichermaßen politische und – ganz in der Tradition der Junioren – überparteiliche Thesen formuliert, die unter dem Titel „Bremen auf Kurs?“ intensiv innerhalb des Kreises und mit Politikern diskutiert wurden.

Der Know-how-Transfer, bei dem Wirtschaftsjunioren Parlamentarier in ihrer täglichen Arbeit begleiteten, schloss sich thematisch an. Auf beiden Seiten konnten Vorurteile abgebaut und dauerhafte Kooperationen aufgebaut werden. Des Weiteren standen Diskussionsrunden mit den Spitzenkandidaten zur Bürgerschaftswahl, mit Bausenator Jens Eckhoff und Bildungssenator Willi Lemke an. Die insgesamt neun Arbeitskreise hatten sich engagiert große Projekte vorgenommen: So fand 2003 das Unternehmerforum „Business Contact“ in Budapest statt – organisiert vom Arbeitskreis Außenwirtschaft.

Der Arbeitskreis Einzelhandel war auf der Ausbildungsmesse „Markt der Berufe“ im Roland-Center mit einem eigenen Stand vertreten und kam während seiner Mitmachaktionen mit zahlreichen Schülern und potenziellen Auszubildenden ins Gespräch. Fazit 2003 – ein aktives und erfolgreiches Jahr der Wirtschaftsjunioren.



Stiften gehen – die Handelskammer rief und hunderte von Interessenten kamen:

Der 1. Bremer Stiftertag bot eine ausgezeichnete Plattform.

Leistungsbilanzen Bremerhaven



Bremerhaven - Drehscheibe für Warenströme aus aller Welt



(v.l.): Claus Brüggemann, (Vizepräsident IHK Bremerhaven), Dorothee Starke (Geschäftsführerin Theater im Fischereihafen), Kai Kähler (Geschäftsführer Kunsthalle Bremerhaven)



Ehregast bei der Preisverleihung „Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft“: Professorin Dr.-Ing. Dagmar Schipanski (sitzend)

Standortpolitik

Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft

Ein erster Schritt der Kammer, ihr Augenmerk verstärkt auch auf die so genannten weichen Standortfaktoren zu richten, war die Gründung des Arbeitskreises Kultur und Wirtschaft, dessen konstituierende Sitzung am 26. Februar 2003 stattfand. Das Gremium besteht – paritätisch besetzt – aus 20 Vertretern der Wirtschaft und der Kultur (Künstler, Veranstalter, Medienleute). Als Vorbild dient der bereits seit dem Jahr 2000 bestehende Arbeitskreis in der Handelskammer Bremen.

Ziel des Bremerhavener Arbeitskreises ist es, ein verbessertes Klima und eine Lobby für Kultur zu schaffen. Kultur als Standortfaktor ist sowohl für die Unternehmen der Stadt (Suche von Führungs- und Nachwuchskräften) als auch für die Stadtentwicklung und die Identifikation ihrer Bürger mit der Stadt ein wichtiges Thema. Kultureinrichtungen benötigen mehr denn je betriebswirtschaftliches Know-how und Unterstützung im klassischen Marketing und können von den Erfahrungen der Unternehmer profitieren. Langfristig ist an die Einrichtung von Patenschaften zwischen Unternehmen und Kultureinrichtungen gedacht.

Auf der anderen Seite ist Kultur Motor und Ideenlieferant für künftige Entwicklungen. So bietet die Kooperation mit der Kultur auch der Wirtschaft vielfältige Chancen. Die Unternehmer können die Möglichkeit nutzen, sich mit Vor- und Querdenkern auseinanderzusetzen. Einig ist man sich darin, dass Zukunftsperspektiven und Forderungen für den Erhalt einer lebendigen Kulturszene in ihrer Vielfältigkeit formuliert werden sollen. Für das kommende Jahr ist eine Kulturbörse in Planung, die die Vielfalt der Bremerhavener Kultur aufzeigen

soll. Der Politik bietet sich der Arbeitskreis als Gesprächspartner an. Er wird in Zukunft kulturpolitische Themen kritisch begleiten und – in Kenntnis der angespannten finanziellen Lage der Stadt – zu möglichen Einsparungen im Kulturbereich Stellung beziehen und konstruktive Vorschläge unterbreiten.

Stiftungspreis der Bremerhavener Wirtschaft verliehen

Der mit 5.000 Euro dotierte Stifterpreis der Bremerhavener Wirtschaft, eine vor drei Jahren anlässlich des 125-jährigen Jubiläums ergriffene Initiative der IHK, ist vergeben. Er ging im Jahr 2003 an zwei Bremerhavener Projekte aus dem Bildungsbereich. Zum einen wurde das Schulzentrum Geschwister Scholl für den Erhalt der Stadtteilbibliothek in Lehe ausgezeichnet, zum anderen das Engagement von Dr. med. Johann Gottfried Schulz-Baldes gewürdigt: Der Chefarzt der Kinderklinik des „Krankenhauses am Bürgerpark“ und Gründer sowie Leiter des Kinderschutzbundes in der Seestadt wurde für das Projekt „Weniger Gewalt im Schulalltag! Mehr miteinander als gegeneinander!“ geehrt. Ehrengast der Veranstaltung war Professorin Dr. Dagmar Schipanski. Die ehemalige Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten und heutige Thüringer Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst hielt den Festvortrag, der deutlich machte, welchen Stellenwert die Bürgergesellschaft für ein demokratisches Gemeinwesen hat.

IHK-Veranstaltung zur Hafenanbindung

Auf einer Veranstaltung nahm sich die IHK Bremerhaven der Diskussion um den Ausbau der Cherbourger Straße und um den Bau eines Hafentunnels an. Dabei

wurden die Argumente der heimischen Wirtschaft verdeutlicht, die für die kreuzungsfreie Anbindung des Hafens sprechen. Aus Sicht der IHK und auch zahlreicher Unternehmer der Seestadt kann nur die Tunnellösung südlich der Cherbourger Straße für eine zukunftsorientierte Anbindung des Hafens sorgen. Eine solche Tunnellösung bevorzugt auch der Magistrat der Seestadt. Mit ihr stünden auch über das Jahr 2025 hinaus noch Kapazitätsreserven bereit. Außerdem würden zwei sichere und unabhängige Zufahrten zum Hafengebiet und zu den Gewerbegebieten Speckenbüttel, Weddewarden-Ost und Carl-Schurz-Gelände geschaffen. Die so genannte Troglösung wird von der Bremerhavener Wirtschaft hingegen überwiegend negativ gesehen. Nach Auffassung der IHK würde sie zu erheblichen Lärm- und Umweltbelastungen führen, weil dies nur zu einer Verlagerung der Staus nach außen zur Hans-Böckler-Straße und zur Wurster Straße führen würde.

Neuer Arbeitskreis zum Thema „Hygiene“

Experten aus dem Bereich der Lebensmittelwirtschaft, Lebensmittelüberwachung und Wissenschaft bringt die IHK Bremerhaven in ihrem neu gegründeten Arbeitskreis „Qualität und Hygiene“ an einen Tisch. Hintergrund: Die gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen auf dem Gebiet der Lebensmittelqualität und Hygiene werden immer komplexer. Dies stellt besonders kleine Unternehmen oft vor handfeste Schwierigkeiten. Der Arbeitskreis will diesen Problemdruck mildern – durch Informationsveranstaltungen und das gemeinsame Einschätzen von Hygienevorschriften, aber auch durch die unverkrampte Kommunikation derjenigen, die



Die geplante Lkw-Maut stand im Fokus der Aufklärungsarbeit der IHK.



Mit dem neuen Wesertunnel wird sich das Absatzgebiet des Bremerhavener Großhandels deutlich nach Westen erweitern.

am Qualitätsprozess der Lebensmittelhygiene beteiligt sind.

Thema Küstenautobahn – ein Dauerbrenner

Auch in Sachen Küstenautobahn stand die IHK Bremerhaven 2003 an vorderster Front. Zahlreiche Hintergrundgespräche mit hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft und Politik hatten diese Baumaßnahme zum Inhalt, durch die die Anbindung der Region deutlich verbessert und ein entscheidender Beitrag zu mehr Wirtschaftswachstum geleistet werden soll. Zudem übernahm die IHK Bremerhaven die Federführung für eine Broschüre in Zusammenarbeit mit anderen Kammern und Kommunen der Nordwestregion, die Ende 2003 veröffentlicht wurde und grundsätzliche Fragen zur Küstenautobahn beantwortet. Diese Broschüre geht auf eine Initiative der niedersächsischen Landtagsvizepräsidentin Astrid Vockert zurück.

Viel Resonanz auf den Gefahrgut-Erfa-Kreis

Auch 2003 stießen die Veranstaltungen des Gefahrgut-Erfa-Kreises auf großen Zuspruch. Dieses Gremium wurde 1999 von der Hochschule Bremerhaven und der IHK Bremerhaven ins Leben gerufen. Die Teilnehmer informierten sich über aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet der Gefahrgüter und Gefahrstoffe (Schwerpunkte: die neue Betriebssicherheitsverordnung und Verladepflichten im Gefahrgutbereich) und verstärkten ihre Kontakte untereinander. Das heißt: Unternehmen, Behörden, Institutionen und wissenschaftliche Einrichtungen rückten enger zusammen.

Schulungen im Gefahrgut-Bereich

Die Schulung von Gefahrgutfahrern und Gefahrgutbeauftragten stellt eine besondere Verantwortung dar. Damit die entsprechenden Seminare ordnungsgemäß abgewickelt wurden, war die IHK bei mehr als 40 dieser Veranstaltungen zur Stelle. Sie nahm die notwendigen Prüfungen vor und stellte später die erforderlichen Bescheinigungen aus. Außerdem standen Sach- und Fachkundeprüfungen im Taxen- und Mietwagenverkehr sowie im Güterkraftverkehr an.

Lkw-Maut verlangt nach Aufklärung

Die IHK Bremerhaven bemühte sich auf zwei Informationsveranstaltungen um Aufklärung über die komplizierten Details des Pannen-Themas Lkw-Maut. Auch die Gebührensituation in anderen europäischen Ländern wurde dargestellt. Dabei kooperierte die Kammer mit dem Landesverband Verkehrsgewerbe Bremen (LVB). Dessen geschäftsführender Vorstand Wilfried Drygala mahnte die betroffenen Unternehmen, die Mautkosten an den Frachtzahler weiter zu geben. Andernfalls sei die Insolvenz vorprogrammiert.

Einzelhandel ohne Aufschwungstendenzen

Im Bremerhavener Einzelhandel ist ein Ende der äußerst schwierigen Umsatzsituation nach wie vor nicht in Sicht. Die Gründe dafür sind zum einen in der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland zu suchen. Auf ein Anspringen des Konjunkturmotors wartet das Land nach wie vor vergeblich. Zum anderen leidet der Einzelhandel in der Seestadt unter Besonderheiten wie beispielsweise der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit in der Unterweserregion. Dass die Planung für die maritime Erlebniswelt im Bereich Alter/Neuer Hafen in diesem Jahr in „trockene Tücher“ gekommen ist, wird allerdings von großen Teilen des Bremerhavener Einzelhandels begrüßt. Auch die Um- und Neugestaltung der Bremerhave-

ner Innenstadt hat sich als vorteilhaft erwiesen, auch wenn der große Schub für die Kassen bislang ausgeblieben ist.

Großhandel: Hoffen auf den Wesertunnel

Der Bremerhavener Großhandel bewertete Ende 2003 die geschäftliche Lage allenfalls als befriedigend. Grundlage dieser Einschätzung: Um den Umsatz ist es relativ schlecht bestellt, während die Freude am Geldausgeben beim Verbraucher eher noch abnimmt. Die Zahl der Betriebe in diesem Bereich verharrt seit Jahren nahezu auf dem gleichen Niveau – ein Spiegelbild der begrenzten Absatzmöglichkeiten des Bremerhavener Großhandels. Lediglich dem Großhandel mit Fisch und Fischprodukten kommt eine überregionale Bedeutung zu. Allerdings besteht Anlass zur Zuversicht: Im Januar 2004 wird der Wesertunnel eröffnet. Voraussichtlich erweitert sich durch diese feste Weserquerung für den Bremerhavener Großhandel das Absatzgebiet nach Westen merklich.



Auf einem 13 Hektar umfassenden Areal am Alten und Neuen Hafen entsteht seit 2003 eine maritime Erlebniswelt mit einem Klimahaus als Kernattraktion.

Tourismus: Einzigartige Erlebniswelt entsteht

Im August 2005 werden die Besucher der internationalen Windjammerparade „Sail“ – wenn alles nach Plan läuft – eine andere Seestadt vorfinden als jene, die sie bei der Sail 2000 erlebt haben. Auf einem 13 Hektar umfassenden Areal am Alten und Neuen Hafen entsteht seit 2003 eine maritime Erlebniswelt, die in dieser Form ihresgleichen sucht. Kernattraktion ist ein so genanntes Klimahaus mit populärwissenschaftlichen Ansprüchen.

Im „Mediterraneum“ sollen auf einer Fläche von insgesamt 13.000 Quadratmetern 46 Einzelhandelsgeschäfte ihre Anziehungskraft entfalten. Ähnlich wie das „Mediterraneum“ dürfte auch das Vier-Sterne-Hotel zu einem Blickfang werden: Das 85 Meter hohe Haus, in der Form eines Segels gestaltet, erinnert stark an das legendäre Hotel „Burj al Arab“ in Dubai, das luxuriöseste Hotel der Welt. Weitere Bestandteile der neuen maritimen Erlebniswelt sind eine Marina mit zahlreichen Boots Liegeplätzen und Apartmentwohnungen direkt am Wasser, die Sportbootschleuse und eine „Erlebniswelt Auswanderung“.

Der Bremerhaven-Tourismus ist weiter auf einem guten Weg. Allerdings sank die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum Jubiläumsjahr 2002 um knapp 20 Prozent. Erfreulich: Die Zahl der von der BIS Bremerhaven Touristik betreuten Seestadt-Besucher stieg noch einmal um fünf Prozent (Stand: 30. September). Wichtige Indikatoren für die Akzeptanz eines Tourismusziels sind nicht allein Ankünfte und Umsätze, sondern auch die gezielte Ab-

frage von potenziellen Kunden nach Informationen. Auch hier kann sich Bremerhaven zeigen lassen, wie die Entwicklung bei den Druckerzeugnissen in den letzten drei Jahren belegt: So hat das Pauschalreise-Programm „Meer erleben“ innerhalb von zwei Jahren die Auflage von 25.500 auf 55.000 mehr als verdoppelt. Das Gastgeberverzeichnis hat seine Auflage ebenfalls von 20.000 auf 45.000 erhöht. Dem entspricht auch die gezielte Nachfrage nach Informationsunterlagen, die 2001 bei 4.711 pro Jahr lag und im Jahresergebnis 2003 auf weit über 12.000 geklettert sein wird. Alles in allem gilt für 2003: die Zahl der Bremerhaven-Besucher ist weiter gestiegen; die Umsätze der BIS Bremerhaven-Touristik erreichen ein ähnlich hohes Niveau wie im Vorjahr. Bremerhaven-Gäste sind vor allem Kurzurlauber – Wochenendtouristen und Tagestouristen, wobei das Jahr 2003 den Tagestourismus gestärkt im Vordergrund sieht.

Regionalforum Bremerhaven: Neue Angebote im Tourismus

Das Tourismusjahr 2003 war durch den weiteren Ausbau und die Festigung von Kooperationen geprägt. Das gilt sowohl für das innerbremische Verhältnis als auch für das niedersächsische Umland. Besonders bedeutsam ist das Engagement im Regionalforum Bremerhaven, das die Gebietskörperschaften Landkreis Cuxhaven, Landkreis Wesermarsch und Bremerhaven auch touristisch zusammenführt. Als großes Vermarktungsproblem bei den Übernachtungen betrachten die Tourismus-Verantwortlichen die Defizite Bremerhavens im Bereich der Ausrichtung von Tagungen, Seminaren und Kongressen. Bewährt haben sich hingegen die Bemühungen, Bremerhaven ein Profil als größtes Städtereisen-Ziel an der deutschen Küste zu

geben und bei den Nischenprodukten und Spezialangeboten Akzente zu setzen.

Beispiel: die touristische Erschließung des Überseehafens, die seit 2001 deutlich Früchte trägt. Nach der Sanierung des Container-Aussichtsturms an der Nordschleuse mit monatlich etwa 3.500 Besuchern wurde damals zwischen Schaufenster Fischereihafen, Deutschem Schifffahrtsmuseum und Container-Terminal der Hafen-Bus in Dienst gestellt. Der Auftakterfolg von 18.520 Fahrgästen im Jahre 2001 bei 328 Linien-Touren wurde im Folgejahr auf 21.458 Fahrgäste bei 403 Touren ausgebaut und wird in diesem Jahr voraussichtlich weiter anwachsen auf etwa 23.000 Gäste bei geplanten 421 Touren. Eine Konsequenz dieses Programms, durch das die Überseehäfen deutlich in das Tourismusgeschehen integriert werden, ist der Bau einer Aussichtsplattform in der Lloyd-Werft. Hier sollen analog zum Hafen-Bus jährlich mehr als 20.000 Besucher ein besonders attraktives Detail des maritimen Bremerhaven erleben.

In ihrer Zukunftsprognose geht die BIS Bremerhaven Touristik davon aus, dass nach der Inbetriebnahme des Tourismusressorts Alter/Neuer Hafen im Jahre 2005 die Zahl der Übernachtungen deutlich gesteigert werden kann. Ein Problem ist in diesem Zusammenhang, dass bis 2010 etwa 400 Zimmer in der Hotellerie der Seestadt fehlen. dürften.



Umweltsenator Jens Eckhoff (v.l.) mit dem Gewinner Walter Heck von der Firma Freese, Bundesminister a.D. Dr. Volker Hauff und Harald Emigholz

Starthilfe und Unternehmensförderung

Beratung für Existenzgründer

Kleine und mittlere Unternehmen gehören zu den Leistungsträgern der Gesellschaft. Die Beratung dieser Unternehmen sowie potenzieller Existenzgründer ist eine der wichtigen Aufgaben der Kammerorganisation. Im Rahmen der Beratungstätigkeit für Existenzgründer, aber auch für bereits tätige Unternehmen hat der Existenzgründungsberater der IHK Bremerhaven bis Ende September 2003 rund 120 Beratungsgespräche geführt. Außerdem hat er zu den verschiedenen Förderprogrammen des Bundes und des Landes Stellung genommen. Dabei standen vor allem das Begutachten von öffentlichen Finanzierungshilfen im Zuge der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und das Bewerten von Bürgerschaftsanträgen an die Bremische Bürgerschaftsbank im Mittelpunkt. Festzustellen ist: Für die Beratungstätigkeit der Kammer werden neben der Existenzgründungsberatung auch die Themenbereiche „Unternehmensnachfolge“ und „Betriebsübernahme“ immer wichtiger.

Netzwerk First Tuesday erreicht Bremerhaven

Der erste Dienstag im Monat (englisch: First Tuesday, FT) ist seit einigen Jahren weltweit der Stichtag für Firmengründer, Unternehmer, Venture-Capital-Geber und alle, die sich für neue und innovative Geschäftsfelder interessieren. Dieses kreative und offene Netzwerk ist nunmehr auch in Bremerhaven aktiv. Dabei wird es unter anderem von der IHK unterstützt. In Bremen und Bremerhaven haben sich bereits rund 2.600 Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Verwaltung und Politik als FT-Nutzer registrieren lassen. Mit mehreren hochkarätigen Veranstaltungen zu Schlüsselthemen wie Blaue Biotechnologie und Offshore-Windenergie machte der FT-Trägerkreis in der Seestadt auf sich aufmerksam. Im Oktober wurde im Rahmen einer weiteren FT-Veranstaltung der Bremer Umweltpreis verliehen.

Aus- und Weiterbildung

Dauerbrenner Bildungspolitik

Die Bildungspolitik gehörte auch 2003 zu einem der Arbeitsschwerpunkte der IHK. Einfluss nahm sie bei den Sitzungen des Landesausschusses für Berufsbildung und seiner Unterausschüsse, ebenso aber in Schulkonferenzen, Gesamtkonferenzen und Ausbildungsbeiräten der berufsbildenden Schulen. Auf Landesebene wurde ein Runder Tisch „Arbeitslehre“ gebildet. Auch dort ist die IHK Bremerhaven vertreten, vor allem auf dem Gebiet der Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen. Wie in den Vorjahren engagierte sich die IHK darüber hinaus innerhalb der Kammergemeinschaft Bildung und Medien. Ein wichtiges Themenfeld lag hier bei der Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern allgemein bildender und beruflicher Schulen in Fragen der Wirtschaftskunde.

Im Jahr 2003 trat der Berufsbildungsausschuss der IHK zu drei Sitzungen zusammen. Schwerpunkt der Beratungen waren die Ausbildungsplatzsituation in verschiedenen Berufen und in der Region insgesamt. Der Ausschuss informierte sich außerdem über neue Berufsbilder und beschloss drei besondere Rechtsvorschriften für die berufliche Fortbildung. In zwei Fällen wurde der Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden (Schlichtungsausschuss) um Vermittlung und Schlichtung angerufen.

Fort- und Weiterbildung „boomt“

Trotz angespannter finanzieller Lage erkennen immer mehr Unternehmen, dass an Investitionen in die berufliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter kein Weg vorbei führt. Schließlich werden die Anforderun-



Berufsinformationsmesse in Bremerhaven



Im September veranstaltete die IHK gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, dem Arbeitsamt und dem DGB eine Last-Minute-Börse zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen.



Kammer-Umweltberaterin Heike Fehr-Harms (Mitte) gab Unternehmen praxisorientierte Tipps zum Stromeinkauf.

gen des nationalen und internationalen Wettbewerbes immer härter. Mit ihren aktuellen und praxisorientierten Seminaren – auf Wunsch auch als so genannte In-House-Schulungen – und mit Infoveranstaltungen unterstützt die IHK Bremerhaven ihre Unternehmen. 2003 hat die sie eigene Fortbildungs-Vorbereitungslehrgänge für Ausbilder, für Industriemeister der Fachrichtung Lebensmittel und der Fachrichtung Metall sowie für Bilanzbuchhalter organisiert. Wie im Vorjahr wurden auch 2003 in Kooperation Zertifikatslehrgänge „Call-Center Agent“ angeboten. Die IHK prüfte 2003 eine Reihe von Bankfachwirten, Industriefachwirten, Bilanzbuchhaltern, Personalfachkaufleuten und Industriemeistern der Fachrichtung Metall. Darüber hinaus hat sie Ausbildereignungsprüfungen sowie die Prüfung „Datenverarbeitung in der kaufmännischen Sachbearbeitung“ abgenommen.

13 Begabte

Im Rahmen der Begabtenförderung nach den Richtlinien des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft fördert die IHK gegenwärtig 13 Stipendiaten. Vier von ihnen wurden 2003 neu aufgenommen.

Informations- und Ehrungsveranstaltungen

Ohne das ehrenamtliche Engagement ihrer etwa 600 Prüferinnen und Prüfer hätte die IHK große Probleme. Die Prüfer wirken in einem oder mehreren der rund 130 Prüfungsausschüsse mit und nehmen dort jährlich rund 800 Prüfungen ab. 2003 musste sich die IHK von elf ihrer Prüfer verabschieden, die sich nach langjährigem Einsatz in den „IHK-Ruhestand“ begaben.

Die Ehrung der Prüflinge, die ihre Ausbildung mit Auszeichnung bestanden haben, erfolgte im September. Ebenfalls im September veranstaltete die IHK gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, dem Arbeitsamt und dem DGB eine Last-Minute-Börse, um die bis dahin unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen noch vermitteln zu können. Von 500 eingeladenen Jugendlichen erschienen 250. Sie wurden von 15 Unternehmensvertretern beraten.

Im Oktober 2003 richtete die IHK in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft, dem Arbeitsamt und der Allgemeinen Ortskrankenkasse an drei Tagen eine Berufsinformationsmesse aus. Etwa 3.000 Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen 2003/2004 informierten sich bei Geschäftsinhabern, Ausbildern und Auszubildenden. Im Mittelpunkt standen Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk, in der Industrie und im Handel sowie im Dienstleistungs- und Gesundheitswesen. Auch über neue und neu geordnete Ausbildungsberufe klärte die Kammer auf. Sie veranstaltete im kaufmännischen und im gewerblichen Bereich Informationsveranstaltungen für die Ausbildungsbetriebe; Ausbilderforen standen bei den IT- und Medienberufen an.

Umwelt

Praxis-Tipps zum Stromeinkauf

Praxisorientierte Tipps zum Stromeinkauf durch die Unternehmen lieferte eine Veranstaltung der IHK Bremerhaven. Rund 30 Vertreter aus den unterschiedlichsten Sparten der Bremerhavener und Bremer Wirtschaft ließen sich unter anderem darüber informieren, dass der Einkauf von Strom über alternative Wege wie zum Beispiel Internet-Auktionen oder Börsenhandel nicht nur transparenter, sondern auch kostengünstiger gestaltet werden kann. Ferner wurde ihnen erläutert, dass der reine Strompreis mit etwa 19 Prozent kaum ins Gewicht fällt – im Vergleich zu den Anteilen für die Ökosteuer, Abgaben für EEG und KWK, Konzessionsabgaben und überhöhten Netznutzungsentgelten. Die Experten rieten zu einer freien Vertragsgestaltung. Dem allumfassenden Konzessionsvertrag standen sie weniger positiv gegenüber.

Workshop zu nachwachsenden Rohstoffen

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen und wie man mit ihnen Geld verdienen kann – das war das Thema eines Workshops im Gebäude der IHK in Bremerhaven. Eingeladen hatten neben der Kammer die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS und der Verein ProNaro (Bremen). Dieser Verein unterstützt konkrete Projekte wie z. B. Pkw-Innenverkleidungen aus naturfaserverstärktem Polypropylen oder naturfaserbasierte Kabinendächer für Nutzfahrzeuge.

Erfa-Kreis Umwelt

Die EU beeinflusst immer stärker die Bundes- und Landesgesetze in allen Bereichen. Im Umweltsektor besteht durch die Initia-



Leistungsbilanzen Bremerhaven

International

tiven des DIHK in Brüssel die Möglichkeit, Ideen der Wirtschaft einzubringen, bevor Gesetze auf den Weg gebracht werden. Um auf die Wünsche und Interessen der Unternehmen in Bremerhaven im Umwelt- und Energiesektor stärker eingehen zu können, wurde bei der IHK Bremerhaven ein Erfa-Kreis Umwelt eingerichtet, um mit Ansprechpartnern aus den Umweltressorts der Unternehmen und Behörden in Kontakt zu kommen. Den Teilnehmern werden Informationsveranstaltungen zur aktuellen Entwicklung im Umwelt- und Energie-recht angeboten, es werden branchenübergreifende Umsetzungen in die betriebliche Praxis diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht

Informationen über Ausländerbeschäftigung

Dass die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern kompliziert sein kann, wurde bei einer Veranstaltung der IHK deutlich. Ein Referententeam gab einen Überblick über den umfangreichen Bereich der Ausländerbeschäftigung. Vertreter der Ausländerbehörde, des Arbeitssamtes, der Landesversicherungsanstalt und der Techniker-Krankenkasse erläuterten Punkte wie Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für Arbeitnehmer aus dem Ausland und der Europäischen Union oder die Krankenversicherung der ausländischen Arbeitnehmer. Darüber hinaus informierte die Rechtsanwältin und Notarin Irmelin Braungard über arbeitsrechtliche Besonderheiten, beispielsweise darüber, dass das Arbeitsrecht für deutsche Beschäftigte grundsätzlich auch für Ausländer gilt. Beleuchtet wurden ferner die staatlichen Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung in all ihren Facetten.

Wirtschaftstag stellte Marokko ins Zentrum

Die IHK Bremerhaven gehörte zusammen mit der Handelskammer Bremen, dem Senator für Wirtschaft und Häfen, der Senatskanzlei und der Firma MGH zu den Veranstaltern eines Wirtschaftstages über das Königreich Marokko. Dabei interessier-

ten vor allem die Branchen Logistik, Hafenwirtschaft und Seefischerei. An diesem Wirtschaftstag nahm auch der marokkanische Fischereiminister Tayeb Rhafes teil.

EU-Fördermöglichkeiten als Veranstaltungsthema

Auf einer Veranstaltung der IHK stellten Experten verschiedene finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten durch die EU vor. Unter anderem wurden der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP) und der Europäische Sozialfonds (ESF) erläutert.

IHK hilft bei Auslandsaktivitäten

Die IHK Bremerhaven hat die Bremerhavener Unternehmen auch 2003 bei ihren geschäftlichen Aktivitäten außerhalb Deutschlands tatkräftig unterstützt. Dafür wurde ein dickes Paket aus unterschiedlichen Serviceleistungen geschnürt. Sein Inhalt sind unter anderem Länderprofile und länderspezifische Informationen, Auskünfte über zoll- und außenwirtschaftliche Bestimmungen sowie eine individuelle Beratung in Sachen Im- und Export oder bei geplanten Messe-Auftritten. Außerdem bietet die IHK Seminare und Veranstaltungen, die Publikation „Außenwirtschafts-Information“ und Unterstützung aus ihrer internationalen Firmenadressen-Datei an. Auch in Brüssel, unter anderem Sitz der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, ist die IHK präsent. Seit November 2001 sind die Industrie- und Handelskammern Nordwestdeutschlands mit einem Büro in der belgischen Hauptstadt vertreten. Im Rotationssystem werden Mitarbeiter dieser Kammern für jeweils zwei Monate nach Brüssel entsandt, um Lobbyarbeit zu leisten.



Einsatz für die IHK-Kunden:
Der IHK-Geschäftsbereich II
unterstützt Unternehmen vielfältig –
nicht nur bei internationalen
Geschäften.

Recht

Fairen Wettbewerb gesichert

Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten muss ein fairer Wettbewerb gesichert werden. Deshalb hat die IHK Bremerhaven auch im Jahr 2003 unberechtigte Sonderveranstaltungen unterbunden und Wettbewerbsverstöße geahndet. Bis Ende des dritten Quartals wurden fünf Räumungsverkäufe wegen Geschäftsaufgabe und Umbau angezeigt und abgewickelt; in zwei Fällen wurde nach der Beratung durch die IHK auf die angezeigten Räumungsverkäufe verzichtet. Wegen Verstoßes gegen wettbewerbsrechtliche Vorschriften hat die IHK Abmahnungen ausgesprochen und darüber hinaus die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs eingeschaltet. Erfreulich ist, dass sich die Wettbewerbssituation im seestädtischen Einzelhandel insgesamt als fair darstellt.

Funktionierendes Sachverständigenwesen

36 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige werden von der IHK Bremerhaven betreut. Diese Zahl ist 2003 insgesamt konstant geblieben; mehreren Sachverständigen wurden die zeitlich befristeten Bestellungen verlängert. Hintergrund des Sachverständigenwesens ist der Paragraph 36 der Gewerbeordnung. Durch ihn macht es der Gesetzgeber möglich, dass Gerichten, Behörden, Unternehmen und Privatpersonen Sachverständige mit einer besonderen Sachkunde an die Seite gestellt werden. Deren besondere Sachkunde und persönliche Eignung wird von der IHK als Bestellskörperschaft geprüft.

IHK Service

Sachkundeprüfung für das Bewachungsgewerbe

In der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven wurden 2003 erstmals Sachkundeprüfungen für das Bewachungsgewerbe abgenommen. Zusätzlich organisierten die beiden Kammern Vorbereitungskurse für diese Prüfung und die 40-stündige Unterrichtung, die ebenfalls vom Gesetzgeber vorgeschrieben wird. Die seit dem 1. Januar 2003 geltenden Änderungen der Gewerbeordnung und des Bewachungsrechts legen fest, dass bestimmte Tätigkeiten eine Sachkundeprüfung voraussetzen, so auch so genannte Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum oder in Hausrechtsbereichen mit tatsächlich öffentlichem Verkehr, der Schutz vor Ladendieben und Bewachungen im Einlassbereich von gastgewerblichen Diskotheken.

Neue Mitglieder im Info-Visier

Wer ist die IHK? Wie arbeitet die IHK? Was tut die IHK für mich? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der beiden Informationsveranstaltungen der IHK Bremerhaven für neue Mitglieder. Vertreter der Kammer-Geschäftsführung berichteten über die vielfältigen Aufgaben und den umfangreichen Dienstleistungskatalog der IHK. Diese kleine Veranstaltungsreihe – von der sich auch Mitglieder mit längerer Zugehörigkeit angesprochen fühlen dürfen – wird fortgesetzt.

Wirtschaftsjunioren

An der Spitze der Bremerhavener Wirtschaftsjunioren (WJ) steht seit 2003 eine Frau. Die 32-jährige Annette Thul ist Produktmanagerin bei der Deutschen See und Nachfolgerin von Thorsten Schulz. Dem WJ-Vorstand in der Seestadt gehören außerdem Lars Leminski als Stellvertreter

Annette Thuls, Rolf Sünderbruch als Schatzmeister, Ex-Sprecher Thorsten Schulz sowie die Beisitzer Anne-Kathrin Jelden, Rolf Treusch und Hendrik Gasse an. Dem Jahr 2003 gaben die Wirtschaftsjunioren das Motto „Werte – Wissen – Wandel“. Dabei ging es vor allem darum, auf die Wettbewerbsvorteile hinzuweisen, die von intelligenten Dienstleistungen und einer ausgeprägten Service-Kultur ausgehen können. Dass die Wirtschaftsjunioren in Bremerhaven eine gute Arbeit leisten, hat sich längst über die Grenzen der Stadt hinaus herum gesprochen. Den Umzug der WJ-Geschäftsstelle des Hanseraumes von Stade nach Bremerhaven, der 2004 ansteht, kann man vor diesem Hintergrund sicherlich auch als Kompliment betrachten.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Das Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren rund 32.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen.

Im Herbst 2003 haben die Bremer Unternehmen wieder die Wahl getroffen, wer im Plenum der Handelskammer ab 2004 für die nächsten sechs Jahre die Interessen der bremischen Wirtschaft vertritt. Neu zu besetzen waren in der alle drei Jahre stattfindenden Ergänzungswahl 20 der insgesamt 40 direkten Plenarsitze. 50 Kandidaten in neun Wahlgruppen standen dafür zur Verfügung. Die Wahlbeteiligung lag bei den in das Handelsregister eingetragenen Unternehmen bei 30 Prozent und damit deutlich über dem Durchschnitt anderer Kammerbezirke in Deutschland.

Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

Dr. Dirk Plump, Präses
Detthold Aden, Vizepräses
Peter Lürßen, Vizepräses
Jürgen Roggemann, Vizepräses
Stefan Storch, Vizepräses
Christoph Weiss, Vizepräses
Dr. Patrick Wendisch, Vizepräses
Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels, Vizepräses

Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Detthold Aden, Vizepräses
Matthias Claussen
Jörg Conrad
Heiner Dettmer
Sven Dose
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Annegret Hastedt
Dr. Peter Haßkamp
Irmtraud Heuß
Heino Ilsemann
Karsten Kieserling
Josef Kind
Nils Koerber
Peter Koopmann
Herbert Korte
Michael Krömker
Otto Lamotte
Joachim Linnemann
Peter Lürßen, Vizepräses
Janina Marahrens-Hashagen
Stefan Messerknecht
Hasso G. Nauck
Jürgen Oltmann
Lutz H. Peper
Dr. Dirk Plump, Präses
Jürgen Roggemann, Vizepräses
Fritz Rößler
Hans-Herbert Saacke
Inge Sandstedt
Hans-Joachim Schnitger
Michael Schroiff
Hans-G. Schumacher
Tilman Werner Sieglin
Stefan Storch, Vizepräses
Walter Thye
Heinz-Jürgen Wagner
Christoph Weiss, Vizepräses
Dr. Patrick Wendisch, Vizepräses
Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels, Vizepräses



Bürgermeister Dr. Scherf
im Plenum



Informationsveranstaltung für neue Mitglieder

Geschäftsbereiche

Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen:

Haushaltsausschuss	Vorsitzender: Präses Dr. Dirk Plump, (Rechnungsführer: Vizepräses Dr. Patrick Wendisch)
Kommission für den Jahresbericht Mittelstandsausschuss	Vorsitzender: Präses Dr. Dirk Plump
Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen	Vorsitzender: Berend Jürgen Erling
Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien	Vorsitzender: Hans-Herbert Saacke
Außenwirtschaftsausschuss	Vorsitzender: Stefan Messerknecht
Ausschuss für Verkehr, Distribution und Logistik	Vorsitzender: Matthias Claussen
Hafenausschuss	Vorsitzender: Harald Emigholz
Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen	Vorsitzender: Peter Koopmann
Ausschuss für Stadtentwicklung und Regionalplanung	Vorsitzender: Vizepräses Stefan Storch
Berufsbildungsausschuss	Vorsitzender: Joachim Linnemann
Sachverständigenausschuss	Vorsitzende: Antje Edel
Fachkreis Insolvenzfragen	
Arbitrage-Kommission	

Arbeitskreise der Handelskammer Bremen

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Informations- und Kommunikationstechnologien
- Arbeitskreis Betriebsbeauftragter Umweltschutz
- Arbeitskreis Umweltmanagement
- Arbeitskreis Sofortprogramm Innenstadt/Nebenzentren
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen
- Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung und Prüfung der Arbeitsstätte
- Juniorenkreis
- Arbeitskreis PR-Leiter

- Hauptgeschäftsführung/
Grundsatzfragen der Wirtschafts- und
Finanzpolitik:
Dr. Matthias Fonger
- Industrie, Innovation, Umwelt,
(ab 1. Juli 2003) Mittelstand:
Dr. Jens Schröder
- International:
Volkmar Herr
- Handel, Dienstleistungen, Recht:
Dr. Torsten Slink
- Verkehr, Häfen, Regionalplanung,
(ab 1. Juli 2003 Stadtentwicklung):
Dr. Andreas Otto
- Aus- und Weiterbildung:
Karlheinz Heidemeyer
- Zentrale Dienste:
Günther Lübbe
- Public Relations:
Dr. Stefan Offenhäuser
- Kultur-Wirtschaft, Juniorenkreis:
Uwe A. Nullmeyer (bis 30. Juni 2003
Mittelstand, Stadtentwicklung)



Politische Prominenz bei der IHK:
(v. l.) Präsident Greim, Hauptgeschäftsführer Stark,
Niedersachsens Wirtschaftsminister Hirche und
Bremens Innensenator Röwekamp

Das Ehrenamt in Bremerhaven **(bis zum Ende der Wahlperiode 31.12.2003)**

Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Dipl.-Ing. Peter H. Greim, Präsident
Dipl.-Bw. Claus Brüggemann, Vizepräsident
Roswitha Ditzen-Blanke, Vizepräsidentin
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Ingo Kramer,
Vizepräsident
Dipl.-Ing. Rolf Niemeyer, Vizepräsident
Dr. Ulrich Nußbaum
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Emanuel Schiffer,
Vizepräsident
Dipl.-Ing. Horst Wübben, Vizepräsident
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke,
Ehrenpräsident

Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Martin Billhardt
Claus Brüggemann, Vizepräsident
Günther Coordes
Dr. Joachim Ditzen-Blanke, Ehrenpräsident
Roswitha Ditzen-Blanke, Vizepräsidentin
Peter Döll
Christian Ehlers
Gerhard Figge
Lars Giesecking
Peter H. Greim, Präsident
Jens Grotelüschen
Wolfgang Grube
Klaus Hartmann
Claus von der Heide
Dr. Hartmut Hesel
Dr. Rainer Huismans
Hans-Jürgen Iben
Helge Jankun
Heinrich F. Kistner
Ingo Kramer, Vizepräsident
Jürgen Krömer
Werner Lücken
Eva Naber
Dr. Ulrich Nußbaum, Vizepräsident
Rolf Niemeyer, Vizepräsident
Prof. Dr. Thomas Rogge
Emanuel Schiffer, Vizepräsident
Stephan Schulze-Aissen
Folkert Tienken
Thomas Ventzke
Tasso Weber
Monika Weerts
Gerd Welge
Horst Wübben, Vizepräsident
Gert Würfel



Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von rund 4.600 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 640 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen. Die Bremerhavener Wirtschaft hat im Herbst 2003 die Mitglieder der neuen Vollversammlung der IHK Bremerhaven gewählt.



Gute Stimmung: (v. l.) IHK-Ehrenpräsident Dr. Ditzel-Blanke, Bürgermeister Dr. Scherf, Präsident Greim, Landrat Döscher, Wirtschaftssenator Perschau und Erik Bettermann, Intendant der Deutschen Welle

Geschäftsbereiche

Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen	Vorsitzender: Horst Winkel
Berufsbildungsausschuss	Vorsitzender: Rolf Niemeyer
Fischwirtschaftlicher Ausschuss	Vorsitzender: Lars Gieseking
Hafenwirtschaftlicher Ausschuss	Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Rogge
Sachverständigenausschuss	Vorsitzender: Gerhard Feld
Tourismusausschuss	Vorsitzender: Hennig Goes
Verkehrsausschuss	Vorsitzender: Wolfgang Grube
Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“	Sprecher: Prof. Dr. Thomas Rogge
Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft	Sprecher: Horst Wübben
Arbeitskreis „Qualität und Hygiene“	Sprecher: Hans-Jürgen Iben
Gefahrgut-Erfa-Kreis	Sprecher: Prof. Dr. Schwanebeck

- Hauptgeschäftsführung/
Grundsatzfragen, Standortpolitik,
Tourismus, Marketing, Public Relations
Wirtschaftsjunioren:
Michael Stark
- Aus- und Weiterbildung,
Handel, Recht, Starthilfe und
Unternehmensförderung:
Martin Johannsen
- International, Innovation/Umwelt,
Industrie:
Wilfried Allers
- Zentrale Dienste:
Hans-Hermann Witthohn

Stellungnahmen

Stellungnahmen Bremen (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Verhinderung einer Ausbildungsplatzabgabe

Zur Ausbildungsplatzsituation in Bremen

Stellungnahme zur Befragung der bremischen Unternehmen über die Auswirkungen einer Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes

Einführung einer kommunalen Unternehmenssteuer

Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundeswasserstraße Weser durch eine nördliche Erweiterung des Containerterminals „Wilhelm Kaisen“ in Bremerhaven (CT IV)

Benennung der Unterweser als FFH-Gebiet

Raumordnungsverfahren mit integrierter Prüfung der Umweltverträglichkeit für den geplanten Offshore-Windpark Nordergründe

Grenzkontrollstelle in Bremen

Ampelschaltungen/Verkehrsfluss in der Bremer Innenstadt

Fortschreibung des Parkraumkonzeptes für die Bremer Innenstadt

Planfeststellungsverfahren für den Um- und Neubau von Auf- und Abfahrten zur B 6; Bau einer Verbindungsstraße zwischen der Innenstadt und der Überseestadt

Interessenbekundungsverfahren für das Radio Bremen-Grundstück in der Hans-Bredow-Straße in Osterholz/Bebauungsplan 2174 (Entwurf)

gerichtet an

Bürgermeister Dr. Henning Scherf, Der Senator für Wirtschaft und Häfen, Der Senator für Bildung und Wissenschaft, Bernd Neumann, MdB, Volker Kröning, MdB, Uwe Karl Beckmeyer, MdB, Marie-Luise Beck, MdB

Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement

Bürgermeister Dr. Henning Scherf, Der Senator für Finanzen, Der Senator für Wirtschaft und Häfen

DIHK

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest

Niedersächsisches Umweltministerium

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Amt für Straßen und Verkehr

Der Senator für Bau und Umwelt

Amt für Straßen und Verkehr

WFG Bremer Wirtschaftsförderungsgesellschaft GmbH, Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Gegenstand der Stellungnahme

Bebauungspläne für Nachverdichtung Technologiepark

Stellungnahme zu den Verordnungsentwürfen der Europäischen Kommission zur Chemikalienpolitik der Europäischen Union

Gewerbeausübung durch Nicht- EU-Bürger

Anträge auf Eintragung in das Register über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS)

UK-Stellungen vom Wehrdienst

Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Vergabegesetzes für das Land Bremen

Stellungnahme zum künftigen Ordnungsrahmen für die Strom- und Gasmärkte

Verfassungsbeschwerdeverfahren 1 BvR 1748/99 gegen § 5 Abs. 1 und § 3 Stromsteuergesetz

Stellungnahme zur Verknüpfung der kommunalen und staatlichen Indirekteinleiterüberwachung

Stellungnahme zur Änderung des EEG (Erneuerbaren Energien Gesetz)

Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundeswasserstraße Weser durch eine nördliche Erweiterung des Containerterminals „Wilhelm Kaisen“ in Bremerhaven (CT IV) aus umweltrelevanter Sicht

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes

Stellungnahme zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Länderverordnungen

gerichtet an

Amt für Stadtplanung und Bauordnung

Europäische Kommission,
GD Unternehmen

Stadtamt Bremen, Ausländerbehörde

Europäische Kommission

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

DIHK

Bundesverfassungsgericht

DIHK

DIHK

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Nord-West

DIHK

DIHK

Stellungnahmen Bremerhaven (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundeswasserstraße Weser durch eine nördliche Erweiterung des CTIV

Stellungnahme zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Außenwirtschaft

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen

Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer

Stellungnahme zu Zurück- und Unabkömmlichkeitsanträgen vom Wehrdienst

Stellungnahme zum Ausbau der Cherbourger Straße/Hafentunnel

Stellungnahme der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung nach § 57 Abs. 2 Nr. 2 SGB III

Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

Fachliche Stellungnahmen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Eigenkapitalhilfe bei Existenzgründungs- und Unternehmensübernahmeverhaben

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften

Gewerbeausübung durch Ausländer

Stellungnahme zur Änderung der Ladenöffnung in Gebiet Schaufenster Fischereihafen

Stellungnahmen zu Messen, Märkten, Ausstellungen

gerichtet an

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Nordwest

Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung
Verwaltungspolizei der Seestadt
Bremerhaven
Senator für Bau und Umwelt

Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Senator für Wirtschaft und Häfen

Senator für Wirtschaft und Häfen

Arbeitsamt Bremerhaven

BIS GmbH

Deutsche Ausgleichsbank

Bürgschaftsbank Bremen GmbH

Verwaltungspolizei Bremerhaven

Senator für Wirtschaft und Häfen

Verwaltungspolizei
Bremerhaven

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Tel. 0421.36 37-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven,
Friedrich-Ebert-Str. 6
27570 Bremerhaven
Tel. 0471.9 24 60-0,
Fax 0471.9 24 60-90,
www.bremerhaven.ihk.de, info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik, Realisation Dr. Christine Backhaus

Fotonachweis Frank Pusch, Jörg Sarbach, Michael Bahlo, Jan Radtke,
hanseWasser, ttz Bremerhaven, Senatspressestelle, BIS
Bremerhaven, BTZ, BLG, NTB, Jörg Baufeld, Martina
Weigt, Wolfhard Scheer

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2004

www.handelskammer-bremen.de

www.bremerhaven.ihk.de